

Einladung zur 21. WR-Bildungswerkstätte

1. Teil:

Wann: **Freitag, 9. November 2018, 19.45-ca. 21.30 Uhr**

Wo: **Restaurant Mittlerer Balmberg**

Mittlerer Balmberg 11

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Gemeinsamer Einstieg, Problemaufriss und Einblick in die beiliegenden Texte.

2. Teil:

Wann: **Samstag, 17. November 2018, 11.15- ca. 15.00 Uhr**

Wo: **Restaurant Mittlerer Balmberg**

Mittlerer Balmberg 11

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Individuelle Beiträge, gemeinsame Diskussion und ermutigende Schlussfolgerungen.

Fahrplan Postauto ab Solothurn Hauptbahnhof

Freitag: 19.05 (an: 19.34) (idealerweise Transport mit Privatauto organisieren)

Samstag: 10.37 (an: 11.03) BUS 12

Fahrplan Postauto ab Balmberg

Freitag: keinen öV-Kurs (idealerweise Transport mit Privatauto organisieren)

Samstag: 14.44 / 16.44 (an: 15.22 / 17.22)

Daten 2019

Thema

25.1. / 2.2.	22. WRB	«Linke»
26.4. / 4.5.	23. WRB	«Europa»
30.8. / 7.9.	24. WRB	«Demokratie»
1.11. / 9.11.	25. WRB	«Utopie»

Thema der 21. WR-Bildungswerkstätte

„Weshalb konkrete Utopien notwendiger sind denn je“

- Doch was ist eine Utopie?
- Welche Utopien sind die "richtigen"?
- Weshalb brauchen wir Utopien?
- Gehen uns heute die Utopien aus?

1. Text WRB November 2018

Gastkommentar NZZ vom 15.10.2018 / Konrad Paul Liessmann

Wir Unglücklichen! – Warum wir die Zukunft vergessen sollten

Obwohl wir täglich mit technologischen Verheissungen gefüttert werden, steckt das Denken der Zukunft in einer tiefgreifenden Krise. Wir sind ideell ausgebrannt, es kommt scheinbar nichts Neues mehr. Was bleibt zu tun?

Der dänische Philosoph Sören Kierkegaard machte einmal die Bemerkung, dass derjenige Mensch am unglücklichsten sein müsse, der entweder nur in der Vergangenheit, also in der Erinnerung, oder nur in der Zukunft, also in der Erwartung lebe. Beide Haltungen entziehen der Gegenwart ihre Legitimität und sabotieren damit die Freude am Leben – und zwar im Positiven wie im Negativen. Der Nostalgiker, der sich nach einer Vergangenheit sehnt, in der alles noch besser war, ist genauso unglücklich wie derjenige, der nur von dem Gedanken beherrscht wird, alles tun zu müssen, um die Schrecken der Vergangenheit zu bannen und ihre Wiederholung zu verhindern. Aber derjenige, der sich die Lösung aller oder doch zumindest der meisten Probleme durch die Errungenschaften der Zukunft erwartet, wird nicht weniger freudlos sein als derjenige, der angesichts der in der Zukunft drohenden Apokalypsen nur noch hofft und bangt.

Ambivalente Zukunft

Lassen wir einmal die Vergangenheit, wie schön oder furchtbar sie auch gewesen sein mag, und wenden wir uns der Zukunft und ihrem Unglück zu. Sofern wir Zukunft mit Optimismus verbinden, scheint uns das Urteil des Dänen wenn nicht überhaupt unsinnig, dann mindestens zu hart zu sein. Denn Zukunftsorientierung verheisst doch auch Offenheit, Lust am Neuen, sie verbindet sich mit dem Glauben an den Fortschritt und die Verbesserung der Welt, an den Aufbruch in ungeahnte Räume und Möglichkeiten. Was wäre die Moderne ohne ihre Utopien, ohne das imaginäre Ausloten unbekannter Welten, ohne das Ausmalen der Zukunft, ohne das grosse Morgen! Unglücklich sind doch höchstens die Zukunftsverweige-

rer, die Verzagten, die Ängstlichen, die sich vor jeder Innovation, vor jeder Veränderung, vor jeder Herausforderung fürchten.

Abgesehen davon, dass man nach Kierkegaard natürlich auch unglücklich sein kann, ohne zu wissen, dass man unglücklich ist, lohnt sich ein Blick auf die Affirmation der Zukunft. Denn diese ist selbst von einer eigentümlichen Ambivalenz. Einerseits beherrscht sie unser Denken, die Zukunft verlangt von uns die Bereitschaft, auf sie vorbereitet zu sein, und so schöne Eigenschaften wie zukunftsfähig oder zukunftsfit zeugen von einem unbedingten Willen zur Zukunft. Andererseits könnte man in bestimmten Fragen geradezu von einer Zukunftsmüdigkeit sprechen. Zukunft wird weniger als etwas erfahren, was gestaltet werden kann, denn als eine Notwendigkeit, der man sich ohnehin nicht entziehen kann: Zukunft kommt! Der Wille zur Zukunft erweist sich so als Geste der Resignation. Auch diese macht nicht besonders fröhlich.

Dieser resignative Wille kann sich umso besser entfalten, als wir ziemlich genau zu wissen glauben, was die Zukunft bringen wird. Deshalb kann man sich ja der Zukunft auch unterwerfen, denn sie ist vorgezeichnet. Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht berichtet wird, was die nahe oder ferne Zukunft für uns bereithalten wird: selbstfahrende Automobile, künstliche Intelligenzen, genetisch optimierte Lebewesen, potenziell unsterbliche Menschen, smarte Städte, bargeldlose Zahlung, digitale Bildung, virtuelle Welten, vernetzte Lebensformen, die Kolonisierung des Alls.

Gleichzeitig häufen sich die Klagen über eine abnehmende, ja verschwundene Zukunftsbereitschaft. Es gebe keine Utopien und Visionen mehr, die Zukunft inspiriere offenbar weder Philosophen noch Gesellschaftstheoretiker zu grossen Entwürfen, eine Kleingeistigkeit und Sehnsucht nach dem Altbewährten – Nation, Autorität, Sicherheit – greife um sich, grosse Projekte wie die Europäische Union oder der Weltbürgerstaat versandeten in kleinlichen Streitereien oder würden gar nicht mehr ernst genommen.

Projektionen unsere Selbstbilder

Die Ambivalenz gegenüber der Zukunft hat ihre Gründe. Und diese liegen nicht zuletzt in der Zukunft selbst. Sie bleibt uns nämlich letztlich verborgen, allen Prognosen und Trends zum Trotz. Zukunft könne niemals beginnen, so formulierte es einst Niklas Luhmann, denn die Zukunft, die begonnen habe, wäre keine Zukunft mehr. Zukunft ist prinzipiell das, was vor uns liegt. Wenn wir über Zukunft sprechen, sprechen wir in der Regel deshalb über die Gegenwart: über uns, unsere aktuellen Erwartungen, Hoffnungen oder Ängste.

Zukunftsdiskurse geben Auskunft über unsere Selbstbilder, nicht über das, was kommen wird. Am Diskurs über Zukunft lassen sich eher Charakterstudien über unsere Befindlichkeiten ableiten als Auskünfte über die Zukunft. Dem forschen, geradezu zukunftsgeilen Trendforscher, der genau weiss, dass im Jahre 2030 der Tourismus vollständig virtualisiert sein wird, Nanobots unseren Körper durchfluten, Chips in unserem Hirn uns permanent online halten und Weltraumflüge für jeden auf der Tagesordnung stehen werden, stehen die Besorgten gegenüber, die hinter jeder Technologie die Bedrohung und den Verlust des Menschen wittern, was wieder durch diejenigen befeuert wird, welche die «Singularität», den Tag, an dem die Maschinen die Menschen als Produkte der Evolution ablösen

werden, kaum erwarten können. Glücklich möchten wir keine dieser Figuren nennen.

All diesen Verheissungen und Befürchtungen ist allerdings eines gemeinsam: Sie referieren nahezu ausschliesslich auf Technik als den Motor der Zukunft, und sie stellen den Menschen radikal infrage. Die zu Unrecht nie richtig wahrgenommene These des Philosophen Günther Anders, dass die Technik unser Schicksal sei und der Mensch zu einer antiquierten Kategorie werde, wird durch jede Triumphmeldung aus dem Silicon Valley bestätigt. Im Grunde artikulieren viele Techno-Utopien jenen Überdross und Ekel am Menschen, von dem schon Friedrich Nietzsche befallen war. Dass aus einem kulturkritischen Ressentiment des 19. Jahrhunderts nun eine handfeste technische Option geworden sei, gehört aber vielleicht selbst zu jenen Behauptungen, deren Einlösung wir in eine Zukunft verlagern müssen, weil die Gegenwart nie hält, was die Zukunft verspricht.

Bei allem darf man nämlich die folgende Paradoxie nicht vergessen: Wir leben ja immer schon in einer Zukunft. Jede Gegenwart war für eine Vergangenheit doch eine gleichermassen glänzende wie bedrohliche Zukunft. Viele der heute lebenden Menschen haben das Jahr 1984 erlebt, das paradigmatische Zukunftsjahr von George Orwells futurologischer Dystopie, und die Versprechungen, die in den sechziger Jahren für das Jahr 2000 gemacht wurden – unendliche Energievorräte durch Atomkraftwerke und Raketenrucksäcke für jedermann –, haben wir auch alle schon hinter uns.

Die Gegenwärtigen leben stets in den Zukünften der Vergangenen – das sollte uns der Zukunft gegenüber doch vorsichtig stimmen, denn wir sind diese Zukunft, die sich andere erträumt haben. Einige dieser Träume konnten wir vielleicht sogar realisieren, viele nicht, einige Befürchtungen sind eingetreten, womöglich schlimmer als erwartet, andere haben sich als unnötig und überzogen erwiesen, wieder andere sind eingetreten, aber viel weniger schlimm als einst gedacht: Big Brother schreckt heute niemanden mehr.

Gegenwart als Defizit

Das Unglück der optimistisch ausgemalten Zukunft liegt daran, dass an ihr gemessen jede Gegenwart defizitär erscheinen muss. Gegenwart mutiert in der Moderne zu einem vorläufigen Zustand ohne Eigenwert, der so schnell wie möglich überwunden werden sollte, ein Noch-nicht-Sein, wie es Ernst Bloch, der grosse Denker der Utopie, formulierte. Keine Frage, dass unerträgliche oder auch nur unbequeme Zustände nach Veränderung rufen. Keine Frage aber auch, dass die ständige Entwertung dessen, was ist, die permanente fordernde Überbietung des Erreichten nicht unbedingt für Glücksgefühle sorgt. In einer Zeit, in der jeder um Anerkennung ringt, ist Anerkennung zu einem flüchtigen Phänomen geworden. Die Lorbeeren, auf denen man sich ausruhen könnte, gibt es längst nicht mehr, aber es gibt auch keine Erlösung für den, der nun, getrieben von der Zukunft, immer strebend sich bemüht.

Das Unglück der fatal imaginierten Zukunft liegt in der Angst, durch diese Wesentliches zu verlieren. In dieser Lesart bedeutet Zukunft vor allem eines: festhalten, was es gibt – Freiheit, Demokratie, Wohlstand und ein erträgliches Klima. Man muss die Sprache der Klimakonferenzen auch einmal unter dem Aspekt betrachten, was diese Rede für unser Zukunftsverständnis bedeutet: Zur Norm und

Richtschnur unseres Handelns wird der Zustand der Biosphäre vor der Industrialisierung. Am besten wäre es, wir könnten in der Zukunft in diese Vergangenheit zurückkehren, zumindest aber soll sich die Erde in der Zukunft nicht um mehr als 1,5 Grad Celsius gegenüber diesem Zustand erwärmen. Wir kämpfen heute nicht für etwas, das uns erstrebenswert erscheint, sondern gegen die Folgen dessen, was uns einst erstrebenswert erschienen ist: Industrialisierung und Mobilität für alle.

Fukuyamas wahrer Kern

Bewahren müssen, ja zurückkehren zu vergangenen Zuständen: Das ist allerdings die grösste Kränkung, die eine fortschrittsorientierte und zukunfts offene Moderne erfahren kann. Diese ist deshalb kein guter Hüter des Klimas. In der Klimapolitik vereinigen sich präzise die Spielarten des Kierkegaardschen Unglücks: Die Vergangenheit bestimmt unsere Zukunft, die Zukunft misst sich an dieser Vergangenheit. Kein Wunder, dass die Proklamation von Klimazielen nichts von der schäumenden Zukunftsrhetorik an sich hat, mit der sonst gerne der Aufbruch in neue Welten gefeiert wird – nicht einmal dort, wo auch in diesem Fall alles Heil in einer neuen, riskanten Grosstechnologie gesehen wird: Geo-Engineering.

Die Konzentration von Erwartung auf Technik und der Verlust der grossen sozialen und politischen Utopien könnten aber auch einen Grund darin haben, dass zentrale Anliegen der politischen Entwürfe eines anderen, besseren Lebens wenn schon nicht verwirklicht, dann doch gedanklich einfach nicht mehr überboten werden können. Francis Fukuyamas vielbelächelte hegelianische These vom Ende der Geschichte hatte schon einen wahren Kern: Nach dem brutalen Scheitern der sozialistischen Grosseexperimente – die letzten Versuche des Geistes, in Hinblick auf eine ganz andere soziale Zukunft den Horizont der bürgerlichen Gesellschaft zu überschreiten – bleiben wir in dieser gefangen. Kein Denken heute reicht über deren Bestimmungen – Marktwirtschaft gepaart mit Menschenrechten, sozialer Absicherung und Demokratie – hinaus.

Mehr als Überlegungen, wie diese Bestimmungen verteidigt und hier und dort ein wenig ausgebaut oder nuanciert werden könnten, hat diese Zukunft nicht mehr zu bieten. Zeit, sich anderen Dingen zuzuwenden.

weitere Texte siehe Mailanhänge:

2. Text WRB November 2018
3. Text WRB November 2018

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB

18. Oktober 2018 / NW

Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien

I

aus: Habermas, Jürgen
Die neue Unübersichtlichkeit,
Frankfurt a.M. 1985

Seit dem späten 18. Jahrhundert bildet sich in der westlichen Kultur ein neues Zeitbewußtsein aus.¹ Während im christlichen Abendland die »neue Zeit« das künftige, erst mit dem jüngsten Tag anbrechende Weltalter bezeichnet hatte, heißt »Neuzeit« von nun an die eigene, die gegenwärtige Periode. Die Gegenwart versteht sich jeweils als ein Übergang zum Neuen; sie lebt im Bewußtsein der Beschleunigung geschichtlicher Ereignisse und in der Erwartung der Andersartigkeit der Zukunft. Der epochale Neubeginn, der den Bruch der modernen Welt mit der Welt des christlichen Mittelalters und des Altertums markiert, wiederholt sich gleichsam mit jedem gegenwärtigen Moment, der Neues aus sich gebiert. Die Gegenwart verstetigt den Bruch mit der Vergangenheit als kontinuierliche Erneuerung. Der zur Zukunft geöffnete Horizont gegenwartsbezogener Erwartungen dirigiert auch den Zugriff auf Vergangenes. Die Geschichte wird seit dem Ende des 18. Jahrhunderts als ein weltumgreifender, problemerzeugender Prozeß begriffen. In ihm gilt Zeit als knappe Ressource für die zukunftsorientierte Bewältigung von Problemen, die uns die Vergangenheit hinterläßt. Exemplarische Vergangenheiten, an denen sich die Gegenwart unbedenklich orientieren könnte, sind verblaßt. Die Moderne kann ihre orientierenden Maßstäbe nicht mehr den Vorbildern anderer Epochen entleihen. Die Moderne sieht sich ausschließlich auf sich gestellt – sie muß ihre Normativität aus sich selber schöpfen. Die authentische Gegenwart ist von nun an der Ort, wo sich Traditionsfortsetzung und Innovation verschränken.

Die Entwertung exemplarischer Vergangenheit und der Zwang, den eigenen, den modernen Erfahrungen und Lebensformen normativ gehaltvolle Prinzipien abzugewinnen, erklärt die veränderte Struktur des »Zeitgeistes«. Der Zeitgeist wird zum Medium, in dem sich fortan das politische Denken und die politische Auseinandersetzung bewegen. Der Zeitgeist erhält Anstöße von zwei konträren, aber aufeinander verwiesenen und sich durchdringenden Denkbewegungen: der Zeitgeist entzündet sich an

neues Zeitbewußtsein

Zeitgeist
utopisches und
gesellschaftliches
Risiko

141

dem Zusammenstoß von geschichtlichem und utopischem Denken.² Auf den ersten Blick schließen sich diese beiden Denkweisen aus. Das erfahrungsgesättigte *historische Denken* scheint dazu berufen zu sein, die utopischen Entwürfe zu kritisieren; das überschwengliche *utopische Denken* scheint die Funktion zu haben, Handlungsalternativen und Möglichkeitsspielräume zu erschließen, die über die geschichtlichen Kontinuitäten hinaus-schießen. Tatsächlich hat aber das moderne Zeitbewußtsein einen Horizont eröffnet, in dem das utopische mit dem geschichtlichen Denken verschmilzt. Dieses Einwandern utopischer Energien ins Geschichtsbewußtsein kennzeichnet jedenfalls den Zeitgeist, der die politische Öffentlichkeit der modernen Völker seit den Tagen der Französischen Revolution prägt. Das von der Aktualität des Zeitgeistes angesteckte politische Denken, das dem Problemdruck der Gegenwart standhalten will, wird von utopischen Energien aufgeladen – aber gleichzeitig soll dieser Erwartungsüberschuß am konservativen Gegengewicht geschichtlicher Erfahrungen kontrolliert werden.

»Utopie« wird, seit dem frühen 19. Jahrhundert, zu einem politischen Kampfbegriff, den jeder gegen jeden verwendet. Zunächst wird der Vorwurf gegen das abstrakte Aufklärungsdenken und dessen liberale Erben ins Feld geführt, dann natürlich gegen Sozialisten und Kommunisten, aber auch gegen die konservativen Ultras – gegen die einen, weil sie eine abstrakte Zukunft, gegen die anderen, weil sie eine abstrakte Vergangenheit beschwören. Weil alle vom utopischen Denken infiziert sind, möchte niemand ein Utopist sein.³ Thomas Morus »Utopia«, Campanellas »Sonnenstaat«, Bacons »Nova Atlantis« – diese in der Renaissance entworfenen Raumutopien konnten noch »Staatsromane« genannt werden, weil ihre Autoren niemals einen Zweifel am fiktiven Charakter der Erzählung gelassen hatten. Sie hatten paradisiische Vorstellungen in geschichtliche Räume und irdische Gegenwelten rückübersetzt, eschatologische Erwartungen in profane Lebensmöglichkeiten zurückverwandelt. Die klassischen Utopien vom besseren und ungefährdeten Leben präsentierten sich, wie Fourier bemerkt, als ein »Traum vom Guten – ohne Mittel zur Ausführung desselben, ohne Methode«. Trotz ihres zeitkritischen Bezuges kommunzierten sie noch nicht mit der Geschichte. Das ändert sich erst, als Mercier, ein Anhänger Rousseaus, mit seinem Zukunftsroman über das Paris im Jahre

2440, jene Inseln des Glücks aus räumlich entfernten Regionen in eine entfernte Zukunft projiziert – und damit eschatologische Erwartungen über die künftige Wiederherstellung des Paradieses auf die *innerweltliche Achse* eines historischen Fortschritts abbildet.⁴ Sobald sich aber Utopie und Geschichte in dieser Weise berühren, verwandelt sich die klassische Gestalt der Utopie, streift der Staatsroman seine romanhaften Züge ab. Wer für die utopischen Energien des Zeitgeistes am empfindlichsten ist, wird von nun an die Verschmelzung des utopischen mit dem geschichtlichen Denken am energischsten betreiben. Robert Owen und Saint-Simon, Fourier und Proudhon lehnen den Utopismus heftig ab; und sie wiederum werden von Marx und Engels als »utopische Sozialisten« angeklagt. Erst Ernst Bloch und Karl Mannheim haben in unserem Jahrhundert den Ausdruck »Utopie« vom Beigeschmack des Utopismus gereinigt und als unverdächtiges Medium für den Entwurf alternativer Lebensmöglichkeiten rehabilitiert, die im Geschichtsprozeß selber angelegt sein sollen. Dem politisch wirksamen Geschichtsbewußtsein selbst ist eine utopische Perspektive eingeschrieben.

So jedenfalls schien es sich zu verhalten – bis gestern. Heute sieht es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt, als hätten sie sich vom geschichtlichen Denken zurückgezogen. Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert. Die Zukunft ist negativ besetzt; an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeichnet sich das Schreckenspanorama der weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen ab: die Spirale des Wettrüstens, die unkontrollierte Verbreitung von Kernwaffen, die strukturelle Verarmung der Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichgewichte in den entwickelten Ländern, Probleme der Umweltbelastung, katastrophennah operierende Großtechnologien geben die Stichworte, die über Massenmedien ins öffentliche Bewußtsein eingedrungen sind. Die Antworten der Intellektuellen spiegeln nicht weniger als die der Politiker Ratlosigkeit. Es ist keineswegs nur Realismus, wenn eine forsch akzeptierte Ratlosigkeit mehr und mehr an die Stelle von zukunftsgerichteten Orientierungsversuchen tritt. Die Lage mag objektiv unübersichtlich sein. Unübersichtlichkeit ist indessen auch eine Funktion der Handlungsbereitschaft, die sich eine Gesellschaft zutraut. Es geht um das Vertrauen der westlichen Kultur in sich selbst.

gegenwärtiger
Zustand:
Zukunft negativ
besetzt

Unübersichtlichkeit

Für die Erschöpfung der utopischen Energien gibt es freilich gute Gründe. Die klassischen Utopien haben die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben, für das gesellschaftlich organisierte Glück *ausgemalt*; die mit geschichtlichem Denken verschmolzenen Sozialutopien, die seit dem 19. Jahrhundert in die politischen Auseinandersetzungen eingreifen, wecken realistischere Erwartungen. Sie stellen Wissenschaft, Technik und Planung als verheißungsvolle und unbeirrbar Instrumente einer vernünftigen Kontrolle von Natur und Gesellschaft vor. Genau diese Erwartung ist inzwischen durch massive Evidenzen erschüttert worden. Die Kernenergie, die Waffentechnologie und das Vordringen in den Weltraum, die Genforschung und der biotechnische Eingriff ins menschliche Verhalten, Informationsverarbeitung, Datenerfassung und neue Kommunikationsmedien sind von Haus aus Techniken mit zwiespältigen Folgen. Und je komplexer die steuerungsbedürftigen Systeme werden, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit dysfunktionaler Nebenfolgen. Wir erfahren täglich, daß sich Produktivkräfte in Destruktivkräfte, Planungs-kapazitäten in Störpotentiale verwandeln. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß heute vor allem jene Theorien an Einfluß gewinnen, die zeigen möchten, daß dieselben Kräfte der Machtsteigerung, aus denen die Moderne einst ihr Selbstbewußtsein und ihre utopischen Erwartungen geschöpft hat, tatsächlich Autonomie in Abhängigkeit, Emanzipation in Unterdrückung, Rationalität in Unvernunft umschlagen lassen. Derrida zieht aus Heideggers Kritik der neuzeitlichen Subjektivität den Schluß, daß wir der Tretmühle des abendländischen Logozentrismus nur durch ziellose Provokation entkommen können. Statt die vordergründigen Kontingenzen in der Welt beherrschen zu wollen, sollten wir uns besser den geheimnisvoll verschlüsselten Kontingenzen der Welterschließung ergeben. Foucault radikalisiert Horkheimers und Adornos Kritik der instrumentellen Vernunft zu einer Theorie der Ewigen Wiederkehr der Macht. Seine Botschaft vom immer gleichen Machtzyklus der immer neuen Diskurs-Formationen muß den letzten Funken von Utopie und von Vertrauen der westlichen Kultur in sich selbst ersticken.

Auf der intellektuellen Szene breitet sich der Verdacht aus, daß die Erschöpfung utopischer Energien nicht nur eine der vorüber-

144

den materiellen Produktionsinstrumenten entsprechenden individuellen Fähigkeiten. Erst auf dieser Stufe fällt die Selbstbetätigung mit dem materiellen Leben zusammen, was der Entwicklung der Individuen zu totalen Individuen und der Abstreifung aller Naturwüchsigkeit entspricht.«

Die arbeitgesellschaftliche Utopie hat heute ihre Überzeugungskraft eingebüßt – und dies nicht nur, weil die Produktivkräfte ihre Unschuld verloren haben oder weil die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln offensichtlich nicht per se in Arbeiterselbstverwaltung einmündet. Vor allem hat die Utopie ihren Bezugspunkt in der Realität verloren: die strukturbildende und gesellschaftsformierende Kraft der abstrakten Arbeit. Claus Offe hat überzeugende »Anhaltspunkte für die objektiv abnehmende Determinationskraft der Tatbestände von Arbeit, Produktion und Erwerb für die Gesellschaftsverfassung und die Gesellschaftsentwicklung im ganzen« zusammengetragen.⁶

Wer eine der seltenen Schriften aufschlägt, die heute noch einen utopischen Bezug schon im Titel anzukündigen wagen – ich meine André Gorz' *Wege ins Paradies* –, wird diese Diagnose bestätigt finden. Gorz begründet seinen Vorschlag, auf dem Wege eines garantierten Mindesteinkommens Arbeit und Einkommen zu entkoppeln, mit dem Abschied von jener Marx'schen Erwartung, daß Selbstbetätigung mit dem materiellen Leben noch zusammenfallen könne.

Aber warum sollte die schwindende Überzeugungskraft der arbeitgesellschaftlichen Utopie für die breitere Öffentlichkeit von Bedeutung sein und eine *allgemeine* Erschöpfung utopischer Antriebe erklären helfen? Nun, diese Utopie hat nicht nur intellektuelle angezogen. Sie hat die europäische Arbeiterbewegung inspiriert und in unserem Jahrhundert in drei sehr verschiedenen, aber weltgeschichtlich wirksam gewordenen Programmatiken ihre Spuren hinterlassen. In Reaktion auf die Folgen des Ersten Weltkrieges und die Weltwirtschaftskrise haben sich die entsprechenden politischen Strömungen durchgesetzt: der Sowjetkommunismus in Rußland; der autoritäre Korporatismus im faschistischen Italien, im NS-Deutschland und im falangistischen Spanien; und der sozialdemokratische Reformismus in den Massendemokratien des Westens. Allein dieses Sozialstaatsprojekt hat sich das Erbe der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen, den demokratischen Verfassungsstaat, zu eigen gemacht. Obschon

146

gehenden kulturpessimistischen Stimmungslagen anzeigt, sondern tiefer greift. Sie könnte eine Veränderung des modernen Zeitbewußtseins überhaupt anzeigen. Vielleicht löst sich jenes Amalgam von geschichtlichem und utopischem Denken wieder auf; vielleicht verwandeln sich die Struktur des Zeitgeistes und der Aggregatzustand der Politik. Vielleicht wird das Geschichtsbewußtsein von seinen utopischen Energien entladen: wie am Ende des 18. Jahrhunderts die Paradieseshoffnungen mit der Verzeitlichung der Utopien ins Diesseits eingewandert sind, so würden heute, zweihundert Jahre danach, die utopischen Erwartungen ihren säkularen Charakter verlieren und wiederum religiöse Gestalt annehmen.

Ich halte diese These vom Anbruch der Postmoderne für un begründet. Nicht die Struktur des Zeitgeistes, nicht der Modus des Streites über künftige Lebensmöglichkeiten ändert sich; nicht die utopischen Energien überhaupt ziehen sich vom Geschichtsbewußtsein zurück. An ein Ende gelangt ist vielmehr eine bestimmte Utopie, die sich in der Vergangenheit um das Potential der Arbeitgesellschaft kristallisiert hat.

Die Klassiker der Gesellschaftstheorie von Marx bis Max Weber waren sich darin einig, daß die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft durch abstrakte Arbeit, durch den Typus einer über den Markt gesteuerten, kapitalistisch verwerteten und betriebsförmig organisierten Erwerbsarbeit geprägt ist. Weil die Form dieser abstrakten Arbeit eine derart prägende, alle Bereiche penetrierende Kraft entfaltet hat, konnten sich auch die utopischen Erwartungen auf die Produktionssphäre richten, kurz: auf eine Emanzipation der Arbeit von Fremdbestimmung. Die Utopien der frühen Sozialisten haben sich zum Bild der Phalanstère verdichtet – einer arbeitgesellschaftlichen Organisation freier und gleicher Produzenten. Aus der richtig eingerichteten Produktion selbst sollte die kommunale Lebensform frei assoziierter Arbeiter hervorgehen. Die Idee der Arbeiterselbstverwaltung hat noch die Protestbewegung der späten sechziger Jahre inspiriert.⁷ Bei aller Kritik am Frühsozialismus hat auch Marx im ersten Teil der *Deutschen Ideologie* dieselbe arbeitgesellschaftliche Utopie verfolgt: »Es ist also jetzt soweit gekommen, daß die Individuen sich die vorhandene Totalität von Produktivkräften aneignen müssen, um zu ihrer Selbstbestätigung zu kommen... Die An-eignung dieser Kräfte ist weiter nichts als die Entwicklung der

145

aus der sozialdemokratischen Tradition hervorgegangen, ist es keineswegs nur von sozialdemokratisch geführten Regierungen verfolgt worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben in westlichen Ländern alle regierenden Parteien ihre Mehrheiten mehr oder weniger prononciert im Zeichen sozialstaatlicher Zielsetzungen gewonnen. Seit Mitte der siebziger Jahre kommen aber die Grenzen des sozialstaatlichen Projektes zu Bewußtsein – ohne daß bis jetzt eine klare Alternative erkennbar wäre. Ich möchte deshalb meine These dahingehend präzisieren, daß die Neue Unübersichtlichkeit zu einer Situation gehört, in der eine immer noch von der arbeitgesellschaftlichen Utopie zehrende Sozialstaatsprogrammatik die Kraft verliert, künftige Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschließen.

III

Der utopische Kern, die Befreiung von heteronomer Arbeit, hatte freilich im sozialstaatlichen Projekt eine andere Form angenommen. Die menschenwürdigen, emanzipierten Lebensverhältnisse sollen nicht mehr unmittelbar aus einer Revolutionierung der Arbeitsverhältnisse, also aus der Umwandlung von heteronomer Arbeit in Selbsttätigkeit hervorgehen. Reformierte Beschäftigungsverhältnisse behalten jedoch einen zentralen Stellenwert auch in diesem Projekt.⁷ Sie bleiben der Bezugspunkt nicht nur für Maßnahmen der Humanisierung einer weiterhin fremdbestimmten Arbeit, sondern vor allem für die kompensatorischen Leistungen, die die Grundrisiken der Lohnarbeit (Unfall, Krankheit, Verlust des Arbeitsplatzes, unversorgtes Alter) auffangen sollen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß alle Arbeitsfähigen in das derart abgeschliffene und abgefederte Beschäftigungssystem eingegliedert werden müssen – also das Ziel der Vollbeschäftigung. Der Ausgleich funktioniert nur, wenn die Rolle des vollzeitbeschäftigten Lohnempfängers zur Norm wird. Für Belastungen, die mit einem gepolsterten Status abhängiger Erwerbsarbeit immer noch verknüpft sind, wird der Bürger in seiner Rolle als Klient wohlfahrtsstaatlicher Bürokratien mit Rechtsansprüchen, und in seiner Rolle als Konsument von Massengütern mit Kaufkraft entschädigt. Der Hebel für die Befriedung des Klassen-

147

Postmoderne?

Utopie der
Arbeitsgesellschaft
am EndeSozialstaat
Projekt

antagonismus bleibt also die Neutralisierung des im Lohnarbeiterstatus angelegten Konfliktstoffes.

Dieses Ziel soll auf dem Wege über die sozialstaatliche Gesetzgebung und die Kollektivverhandlungen unabhängiger Tarifparteien erreicht werden. Die sozialstaatlichen Politiken beziehen ihre Legitimation aus allgemeinen Wahlen und finden in autonomen Gewerkschaften wie in Arbeiterparteien ihre gesellschaftliche Basis. Über den Erfolg des Projektes entscheidet freilich erst die Macht und Handlungsfähigkeit eines interventionistischen Staatsapparates. Der soll ins Wirtschaftssystem mit dem Ziel eingreifen, das kapitalistische Wachstum zu hegen, die Krisen zu glätten, gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Arbeitsplätze zu sichern, damit Zuwächse entstehen, aus denen unverteilt werden kann, ohne die privaten Investoren zu entmutigen. Das beleuchtet die *methodische Seite*: der sozialstaatliche Kompromiß und die Befriedung des Klassenantagonismus sollen dadurch erreicht werden, daß demokratisch legitimierte staatliche Macht zur Hegung und zur Zähmung des naturwüchsigen kapitalistischen Wachstumsprozesses eingesetzt wird. Die *substantielle Seite* des Projektes zehrt von Resten der arbeitgesellschaftlichen Utopie: indem der Status der Arbeitnehmer durch staatsbürgerliche Teilnahme- und soziale Teilhaberechte normalisiert wird, erhält die Masse der Bevölkerung die Chance, in Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und wachsendem Wohlstand zu leben. Dabei wird vorausgesetzt, daß zwischen Demokratie und Kapitalismus durch staatliche Interventionen eine friedliche Koexistenz gesichert werden kann.

In den entwickelten Industriegesellschaften des Westens konnte diese prekäre Bedingung im großen und ganzen erfüllt werden, jedenfalls unter den günstigen Konstellationen der Nachkriegs- und Wiederaufbauperiode. Aber nicht mit der seit den siebziger Jahren veränderten Konstellation will ich mich beschäftigen, nicht mit den Umständen, sondern mit den inneren Schwierigkeiten, die dem Sozialstaat aus seinen eigenen Erfolgen entstehen.⁸ In dieser Hinsicht sind immer wieder zwei Fragen aufgetaucht. Verfügt der interventionistische Staat über genügend Macht, und kann er effizient genug arbeiten, um das kapitalistische Wirtschaftssystem im Sinne seiner Programmatik zu bändigen? Und ist der Einsatz politischer Macht die richtige Methode, um das substantielle Ziel der Förderung und Sicherung menschenwürdi-

148

Vermögensstruktur, insbesondere die Verteilung des Eigentums an Produktionsmitteln, nicht berührt. So schlittert gerade der erfolgreiche Sozialstaat in eine Situation, in der die Tatsache zu Bewußtsein kommen muß, daß er selbst keine autonome »Quelle von Wohlstand« ist und Arbeitsplatzsicherheit nicht als Bürgerrecht garantieren kann (C. Offe).

In einer solchen Situation gerät der Sozialstaat zugleich in die Gefahr, daß ihm seine gesellschaftliche Basis wegrutscht. Die aufwärtsmobilen Wählerschichten, die von der Sozialstaatsentwicklung unmittelbar den größten Nutzen hatten, können in Krisenzeiten eine Mentalität der Besitzstandswahrung ausbilden und sich mit dem alten Mittelstand, überhaupt mit den »produktivistisch« gesonnenen Schichten zu einem defensiven Block gegen die unterprivilegierten oder ausgegrenzten Gruppen zusammenschließen. Durch eine solche Umschichtung der Wählerbasis sind in erster Linie die Parteien bedroht, die sich, wie die Demokraten in den USA, die englische Labour Party oder die deutsche Sozialdemokratie, über Jahrzehnte auf ein festes sozialstaatliches Klientel verlassen konnten. Gleichzeitig geraten die Gewerkschaftsorganisationen durch die veränderte Situation des Arbeitsmarktes unter Druck; ihr Drohpotential wird geschwächt, sie verlieren Mitglieder und Beiträge und sehen sich zu einer Verbandspolitik gedrängt, die auf die kurzfristigen Interessen der noch Beschäftigten zugeschnitten ist.

Ad 2). Selbst wenn der Sozialstaat unter glücklicheren Rahmenbedingungen die Nebenwirkungen seines Erfolgs, die seine eigenen Funktionsbedingungen gefährden, verzögern oder ganz vermeiden könnte, bliebe ein weiteres Problem ungelöst. Die Anwälte des sozialstaatlichen Projektes hatten immer nur in eine Richtung geblickt. Im Vordergrund stand die Aufgabe, die naturwüchsige ökonomische Macht zu disziplinieren und die zerstörerischen Auswirkungen eines krisenhaften ökonomischen Wachstums von der Lebenswelt der abhängig Arbeitenden abzuwenden. Die parlamentarisch errungene Regierungsmacht erschien als eine ebenso unschuldige wie unerlässliche Ressource; aus ihr mußte der interventionistische Staat gegenüber dem systemischen Eigensinn der Ökonomie Stärke und Handlungsfähigkeit schöpfen. Daß der aktive Staat nicht nur in den Wirtschaftskreislauf, sondern auch in den Lebenskreislauf seiner Bürger eingriff, hatten die Reformen als ganz unproblematisch angesehen – die

150

ger, emanzipierter Lebensformen zu erreichen? Es handelt sich also erstens um die Frage nach den Grenzen der Versöhnbarkeit von Kapitalismus und Demokratie und zweitens um die Frage nach den Möglichkeiten, neue Lebensformen mit rechtlich-bürokratischen Mitteln hervorzubringen.

Ad 1). Von Anfang an hat sich der Nationalstaat als ein zu enger Rahmen erwiesen, um die keynesianischen Wirtschaftspolitiken nach außen, gegen die Imperative des Weltmarktes und die Investitionspolitik weltweit operierender Unternehmen hinreichend abzusichern. Sichtbarer sind aber die Grenzen der Interventionsmacht und der Interventionsfähigkeit des Staates im Inneren. Hier stößt der Sozialstaat, je erfolgreicher er seine Programme durchsetzt, um so deutlicher, auf den Widerstand der privaten Investoren. Es gibt natürlich viele Ursachen für eine verschlechterte Rentabilität der Unternehmen, für schwindende Investitionsbereitschaften und fallende Wachstumsraten. Aber die Verwertungsbedingungen des Kapitals bleiben eben auch vom Ergebnis der sozialstaatlichen Politiken nicht unberührt, weder tatsächlich noch – und erst recht nicht – in der subjektiven Wahrnehmung der Unternehmen. Zudem verstärken wachsende Lohn- und Lohnnebenkosten die Neigung zu Rationalisierungsinvestitionen, die – im Zeichen einer zweiten industriellen Revolution – die Arbeitsproduktivität so erheblich steigern und die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeitszeit so erheblich senken, daß trotz des säkularen Trends zur Arbeitszeitverkürzung immer mehr Arbeitskräfte freigesetzt werden. Wie dem auch sei – in einer Situation, in der mangelnde Investitionsbereitschaft und wirtschaftliche Stagnation, steigende Arbeitslosigkeit und die Krise öffentlicher Haushalte auch in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit mit den Kosten des Wohlfahrtsstaates in eine suggestive Verbindung gebracht werden können, machen sich die strukturellen Beschränkungen fühlbar, unter denen der sozialstaatliche Kompromiß gefunden und aufrechterhalten worden ist. Weil der Sozialstaat die Funktionsweise des Wirtschaftssystems unangetastet lassen muß, hat er nicht die Möglichkeit, auf die private Investitionstätigkeit anders als durch systemkonforme Eingriffe Einfluß zu nehmen. Er hätte dazu auch gar nicht die Macht, weil sich die Umverteilung von Einkommen im wesentlichen auf eine horizontale Umschichtung innerhalb der Gruppe der abhängig Beschäftigten beschränkt und die klassenspezifische

149

Reform der Lebensbedingungen der Beschäftigten war ja das Ziel der sozialstaatlichen Programme. Tatsächlich ist auf diesem Wege ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit errungen worden.

Aber gerade diejenigen, die diese historische Errungenschaft des Sozialstaates anerkennen und sich die Kritik an seinen Schwächen nicht zu billig machen, erkennen inzwischen auch den Fehlschlag, der nicht diesem oder jenem Hindernis, nicht einer halbherzigen Verwirklichung des Projektes zuzuschreiben ist, sondern einer spezifischen Einäugigkeit dieses Projektes selber. Ausgeblendet ist jede Skepsis gegenüber dem vielleicht unerlässlichen, aber nur vermeintlich unschuldigen Medium der Macht. Die sozialstaatlichen Programme verbrauchen davon eine ganze Menge, damit sie Gesetzeskraft erlangen, aus öffentlichen Haushalten finanziert – und in der Lebenswelt ihrer Nutznießer implementiert werden können. So überzieht ein immer dichteres Netz von Rechtsnormen, von staatlichen und parastaatlichen Bürokratien den Alltag der potentiellen und tatsächlichen Klienten.

Ausgedehnte Diskussionen über Verrechtlichung und Bürokratisierung im allgemeinen, über die kontraproduktiven Wirkungen der staatlichen Sozialpolitik im besonderen, über Professionalisierung und Verwissenschaftlichung der sozialen Dienste haben die Aufmerksamkeit auf Tatbestände gelenkt, die eines deutlich machen: die rechtlich-administrativen Mittel der Umsetzung sozialstaatlicher Programme stellen kein passives, gleichsam eigenschaftsloses Medium dar. Vielmehr ist mit ihnen eine Praxis der Tatbestandsvereinzelung, der Normalisierung und der Überwachung verknüpft, deren verdinglichende und subjektivierende Gewalt Foucault bis in die feinsten kapillarischen Verästelungen der Alltagskommunikation hinein verfolgt hat. Die Verformungen einer reglementierten, zergliederten, kontrollierten und betreuten Lebenswelt sind gewiß sublimier als die handgreiflichen Formen von materieller Ausbeutung und Verelendung; aber die aufs Psychische und Körperliche abgewälzten und verinnerlichten sozialen Konflikte sind darum nicht weniger destruktiv. Kurzum, dem sozialstaatlichen Projekt als solchem wohnt der Widerspruch zwischen Ziel und Methode inne. Sein Ziel ist die Stiftung von egalitär strukturierten Lebensformen, die zugleich Spielräume für individuelle Selbstverwirklichung und Spontanität freisetzen sollten. Aber offensichtlich kann dieses Ziel nicht

151

Verhältniß
von Sozialstaate
und
Kapitalismus?

Zwei kritische
Fragen zum
Sozialstaat.
10/7/99

Sozialstaat und
klassenspezifische
Interessen

hier: Widerspruch
zwischen Ziel
und Methode

auf dem direkten Wege einer rechtlich-administrativen Umsetzung politischer Programme erreicht werden. Mit der Hervorbringung von Lebensformen ist das Medium Macht überfordert.

IV

Anhand von zwei Problemen habe ich Hindernisse behandelt, die sich der erfolgreiche Sozialstaat selbst in den Weg legt. Damit will ich nicht sagen, daß die Sozialstaatsentwicklung eine Fehlspezialisierung gewesen ist. Im Gegenteil: die sozialstaatlichen Institutionen kennzeichnen in nicht geringerem Maße als die Einrichtungen des demokratischen Verfassungsstaates einen Entwicklungsschub des politischen Systems, zu dem es in Gesellschaften unseres Typs keine erkennbare Alternative gibt – weder im Hinblick auf die Funktionen, die der Sozialstaat erfüllt, noch im Hinblick auf die normativ gerechtfertigten Forderungen, denen er genügt. Vor allem die in der Sozialstaatsentwicklung noch zurückgebliebenen Länder haben keinen plausiblen Grund, von diesem Pfad abzuweichen. Es ist gerade die Alternativenlosigkeit, vielleicht sogar Irreversibilität dieser immer noch umkämpften Kompromißstrukturen, die uns heute vor das Dilemma stellen, daß der entwickelte Kapitalismus ebensowenig ohne den Sozialstaat leben kann – wie mit dessen weiterem Ausbau. Die mehr oder weniger ratlosen Reaktionen auf dieses Dilemma zeigen, daß das politische Anregungspotential der arbeitgesellschaftlichen Utopie erschöpft ist.

Mit C. Offe lassen sich in Ländern wie der Bundesrepublik und den USA drei Reaktionsmuster unterscheiden.⁹ Der *industriegesellschaftlich-sozialstaatliche Legitimus* der rechten Sozialdemokratie befindet sich in der Defensive. Diese Kennzeichnung verstehe ich in einem weitgefaßten Sinne, so daß sie beispielsweise auch auf den Mondale-Flügel der Demokraten in den USA oder auf die zweite Regierung unter Mitterrand Anwendung finden kann. Die Legitimisten streichen aus dem sozialstaatlichen Projekt genau die Komponente, die es der arbeitgesellschaftlichen Utopie entlehnt hatte. Sie verzichten auf das Ziel, die heteronome Arbeit so weit zu bezwingen, daß der in die Produktionsphäre hineinreichende Status des freien und gleichberechtigten Bürgers

3 Reaktions-
muster auf
das Ende der
Arbeitgesellschaft
Utopie

152

gefördert, also eine Aktivierung des nicht-staatlichen Steuerungspotentials von Großverbänden, in erster Linie von Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften. Die Verlagerung von normativ geregelten parlamentarischen Zuständigkeiten auf nur noch funktionierende Verhandlungssysteme macht den Staat zu einem Verhandlungspartner unter anderen. Die Kompetenzverschiebung in die neokorporativen Grauzonen entzieht immer mehr gesellschaftliche Materien einem Entscheidungsmodus, der durch Verfassungsnormen darauf verpflichtet ist, alle jeweils berührten Interessen gleichmäßig zu berücksichtigen.¹⁰ Drittens: Schließlich erhält die Kulturpolitik den Auftrag, an zwei Fronten zu operieren. Sie soll einerseits die intellektuellen als die zugleich machtbesessene und unproduktive Trägerschicht des Modernismus in Mißkredit bringen; denn postmaterielle Werte, vor allem die expressiven Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und die kritischen Urteile einer universalistischen Aufklärungsmoral, gelten als Bedrohung für die motivationalen Grundlagen einer funktionierenden Arbeitgesellschaft und der entpolitisierten Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite soll die traditionelle Kultur, sollen die haltenden Mächte der konventionellen Sittlichkeit, des Patriotismus, der bürgerlichen Religion und der Volkskultur gepflegt werden. Diese sind dazu da, um die private Lebenswelt für die persönlichen Belastungen zu entschädigen und gegen den Druck von Konkurrenzgesellschaft und beschleunigter Modernisierung abzufedern.

Die neokonservative Politik hat eine gewisse Chance der Durchsetzung, wenn sie in jener zweigeteilten segmentierten Gesellschaft, die sie zugleich fördert, eine Basis findet. Die ausgegrenzten oder an den Rand gedrückten Gruppen verfügen über keine Vetomacht, da sie eine ausgehaltene, aus dem Produktionsprozeß ausgegliederte Minderheit darstellen. Das Muster, das sich im internationalen Rahmen zwischen den Metropolen und der unterentwickelten Peripherie mehr und mehr eingespielt hat, scheint sich im Inneren der entwickeltesten kapitalistischen Gesellschaften zu wiederholen: die etablierten Mächte sind für ihre eigene Reproduktion auf die Arbeit und die Kooperationsbereitschaft der Verarmten und Entrechteten immer weniger angewiesen. Allerdings muß sich eine Politik nicht nur durchsetzen können, sie muß auch funktionieren. Eine *entschlossene* Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses müßte aber Funk-

154

zum Kristallisationskern autonomer Lebensformen werden kann. Die Legitimisten sind heute die eigentlich Konservativen, die das Erreichte stabilisieren möchten. Sie hoffen, den Gleichgewichtspunkt zwischen Sozialstaatsentwicklung und marktwirtschaftlicher Modernisierung wieder ausfindig zu machen. Die gestörte Balance zwischen demokratischen Gebrauchswertorientierungen und abgemilderter kapitalistischer Eigendynamik soll sich wieder einpendeln. Diese Programmatik ist auf die Bewahrung sozialstaatlicher Besitzstände fixiert. Sie verkennt aber die Widerstandspotentiale, die sich im Sog einer fortschreitenden bürokratischen Erosion der aus naturwüchsigen Zusammenhängen freigesetzten, kommunikativ strukturierten Lebenswelten ansammeln; ebensowenig nimmt sie Verschiebungen in der sozialen und der gewerkschaftlichen Basis ernst, auf die sich die sozialstaatlichen Politiken bisher stützen konnten. Im Hinblick auf die Umschichtungen der Wählerstruktur und die Schwächung der gewerkschaftlichen Position droht einer solchen Politik ein verzweifelter Wettlauf mit der Zeit.

Im Aufwind befindet sich der *Neokonservatismus*, der ebenfalls industriegesellschaftlich orientiert ist, aber entschieden sozialstaatskritisch auftritt. Die Reagan-Administration und die Regierung von Margaret Thatcher sind in seinem Namen angetreten; die konservative Regierung in der Bundesrepublik ist auf eine ähnliche Linie eingeschwenkt. Der Neokonservatismus ist im wesentlichen durch drei Komponenten gekennzeichnet.

Erstens: Eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik soll die Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessern und den Akkumulationsprozeß wieder in Gang setzen. Sie nimmt, der Intention nach nur vorübergehend, eine relativ hohe Arbeitslosenquote in Kauf. Die Einkommensumschichtung geht, wie die Statistiken in den USA belegen, zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsgruppen, während nur die großen Kapitalbesitzer deutliche Einkommensverbesserungen erzielen. Damit gehen deutliche Einschränkungen sozialstaatlicher Leistungen Hand in Hand. Zweitens: Die Legitimationskosten des politischen Systems sollen gesenkt werden. »Anspruchsinflation« und »Unregierbarkeit« sind Stichworte für eine Politik, die auf eine stärkere Entkoppelung von Administration und öffentlicher Willensbildung abzielt. In diesem Zusammenhang werden neokorporatistische Entwicklungen

153

tionislücken hinterlassen, die nur durch Repression oder Verwahrlosung geschlossen werden könnten.

Ein drittes Reaktionsmuster zeichnet sich ab in der *Dissidenz von Wachstumskritikern*, die gegenüber dem Sozialstaat eine ambivalente Einstellung haben. So sammeln sich beispielsweise in den Neuen Sozialen Bewegungen der Bundesrepublik Minderheiten der verschiedensten Herkunft zu einer »antiproduktivistischen Allianz« – Alte und Junge, Frauen und Arbeitslose, Schwule und Behinderte, Gläubige und Ungläubige. Was sie einigt, ist die Ablehnung jener produktivistischen Fortschrittvision, die die Legitimisten mit den Neokonservativen teilen. Für diese beiden Parteien liegt der Schlüssel zur möglichst krisenfreien gesellschaftlichen Modernisierung darin, die Aufteilung der Problemlasten zwischen den Subsystemen Staat und Wirtschaft richtig zu dosieren. Die einen sehen die Krisenursachen in der entfesselten Eigendynamik der Wirtschaft, die anderen in den bürokratischen Fesseln, die dieser auferlegt werden. Soziale Bändigung des Kapitalismus oder Rückverlagerung der Probleme von der planenden Verwaltung auf den Markt sind die entsprechenden Therapien. Die eine Seite sieht in der monetarisierten Arbeitskraft, die andere in der bürokratischen Lähmung von Eigeninitiative die Quelle von Störungen. Aber beide Seiten stimmen darin überein, daß die schutzbedürftigen Interaktionsbereiche der Lebenswelt gegenüber den eigentlichen Motoren der gesellschaftlichen Modernisierung, Staat und Ökonomie, nur eine passive Rolle einnehmen können. Beide Seiten sind davon überzeugt, daß die Lebenswelt von diesen Subsystemen hinreichend entkoppelt und gegen systemische Übergriffe geschützt werden kann, wenn sich Staat und Ökonomie nur im richtigen Verhältnis ergänzen und gegenseitig stabilisieren.

Allein die industriegesellschaftlichen Dissidenten gehen davon aus, daß die Lebenswelt durch Kommodifizierung und Bürokratisierung in gleichem Maße bedroht ist – keines der beiden Medien, weder Macht noch Geld, ist von Haus aus »unschuldiger« als das jeweils andere. Allein die Dissidenten halten es auch für notwendig, daß die Autonomie einer in ihren vitalen Grundlagen und in der kommunikativen Innenausstattung bedrohten Lebenswelt gestärkt wird. Nur sie fordern, daß die Eigendynamik der über Macht und Geld gesteuerten Subsysteme durch Formen basisnaher und selbstverwalteter Organisationen gebro-

155

chen, wenigstens eingedämmt werden sollte. In diesem Zusammenhang kommen dualwirtschaftliche Konzepte und Vorschläge zur Entkoppelung von sozialer Sicherung und Beschäftigung ins Spiel.¹¹ Die Entdifferenzierung soll freilich nicht nur an der Rolle des Erwerbstätigen, sondern auch an der des Konsumenten, des Staatsbürgers und des Klienten wohlfahrtsstaatlicher Bürokratien ansetzen. Die industriegesellschaftlichen Dissidenten beerben mithin die Sozialstaatsprogrammatik in der von den Legitimisten preisgegebenen, radikaldemokratischen Komponente. Allein, soweit sie über bloße Dissidenz nicht hinausgehen, soweit sie im Fundamentalismus der Großen Weigerung befangen bleiben und nicht mehr anbieten als Negativprogramme des Wachstumsstops und der Entdifferenzierung, fallen sie hinter eine Einsicht des Sozialstaatsprojektes zurück.

In der Formel von der sozialen Bändigung des Kapitalismus steckte ja nicht nur die Resignation vor der Tatsache, daß sich das Gehäuse einer komplexen Marktwirtschaft nicht mehr mit den einfachen Rezepten der Arbeiterselbstverwaltung von innen aufsprengen und demokratisch umformen läßt. Jene Formel enthielt auch die Einsicht, daß eine von außen ansetzende, indirekte Einflußnahme auf Mechanismen der Selbststeuerung etwas Neues erfordert, nämlich eine höchst innovative Kombination von Macht und intelligenter Selbstbeschränkung. Dem lag freilich zunächst die Vorstellung zugrunde, daß die Gesellschaft mit dem neutralen Mittel politisch-administrativer Macht gefahrlos auf sich selber einwirken könne. Wenn jetzt nicht mehr nur der Kapitalismus, sondern der interventionistische Staat selber »sozial gebändigt« werden soll, kompliziert sich die Aufgabe erheblich. Denn dann kann jene Kombination von Macht und intelligenter Selbstbeschränkung nicht länger der staatlichen Planungskapazität anvertraut werden.

Wenn sich Eindämmung und indirekte Steuerung nun auch gegen die Eigendynamik der öffentlichen Verwaltung richten sollen, muß das erforderliche Reflexions- und Steuerungspotential woanders gesucht werden, und zwar in einem vollständig veränderten Verhältnis zwischen autonomen, selbstorganisierten Öffentlichkeiten einerseits, den über Geld und administrative Macht gesteuerten Handlungsbereichen andererseits. Daraus ergibt sich die schwierige Aufgabe, die demokratische Verallgemeinerung von Interessenlagen und eine universalistische Rechtferti-

156

3 Bewegungswörter
Geld, Macht,
Solidarität

Gewaltenteilung entstünde. Moderne Gesellschaften verfügen über drei Ressourcen, aus denen sie ihren Bedarf an Steuerungsleistungen befriedigen können: Geld, Macht und Solidarität. Deren Einflußsphären müßten in eine neue Balance gebracht werden. Damit will ich sagen: die sozialintegrative Gewalt der Solidarität müßte sich gegen die »Gewalten« der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten können. Nun waren Lebensbereiche, die darauf spezialisiert sind, tradierte Werte und kulturelles Wissen weiterzugeben, Gruppen zu integrieren und Heranwachsende zu sozialisieren, immer schon auf Solidarität angewiesen. Aus derselben Quelle müßte aber auch eine politische Willensbildung schöpfen, die auf die Grenzziehung und den Austausch zwischen diesen kommunikativ strukturierten Lebensbereichen auf der einen, Staat und Ökonomie auf der anderen Seite Einfluß nehmen soll. Das liegt übrigens nicht weit ab von den normativen Vorstellungen unserer Sozialkundelehrbücher, nach denen die Gesellschaft über demokratisch legitimierte Herrschaft auf sich selbst und ihre Entwicklung einwirkt.

Dieser offiziellen Version zufolge geht politische Macht aus der öffentlichen Willensbildung hervor und fließt via Gesetzgebung und Verwaltung gleichsam durch den Staatsapparat hindurch und kehrt zurück zu einem janusköpfigen Publikum, das sich am Eingang des Staates als Publikum von Staatsbürgern und an dessen Ausgang als eines von Klienten darstellt. Ungefähr so sehen die Staatsbürger und die Klienten der öffentlichen Verwaltung aus ihrer Perspektive den Kreislauf der politischen Macht. Aus dem Blickwinkel des politischen Systems stellt sich derselbe Kreislauf, gereinigt von allen normativen Beimischungen, anders dar. Nach dieser inoffiziellen Version, die uns immer wieder von der Systemtheorie vorgeführt wird, erscheinen Staatsbürger und Klienten als Mitglieder des politischen Systems. Unter dieser Beschreibung verändert sich vor allem der Sinn des Legitimationsvorgangs. Interessengruppen und Parteien setzen ihre Organisationsmacht ein, um für ihre Organisationsziele Zustimmung und Loyalität zu erzeugen. Die Verwaltung strukturiert nicht nur, großenteils kontrolliert sie auch den Gesetzgebungsprozeß; sie muß ihrerseits Kompromisse schließen mit mächtigen Klienten. Parteien, gesetzgebende Körperschaften, Bürokratien müssen dem nicht-deklarierten Druck funktionaler Imperative Rech-

158

nung von Normen bereits *unterhalb* der Schwelle der zu Großorganisationen verselbständigten und ins politische System gleichsam abgewanderten Parteiapparate zu ermöglichen. Ein naturwüchsiger Pluralismus von abwehrenden Subkulturen, der nur aus spontaner Verweigerung hervorginge, müßte sich an den Normen staatsbürgerlicher Gleichheit vorbeientwickeln. Es entstünde dann lediglich eine Sphäre, die sich zu den neokorporatistischen Grauzonen spiegelbildlich verhielte.

V

Die Sozialstaatsentwicklung ist in eine Sackgasse geraten. Mit ihr erschöpfen sich die Energien der arbeitersgesellschaftlichen Utopie. Die Antworten der Legitimisten und der Neokonservativen bewegen sich im Medium eines Zeitgeistes, der nur noch defensiv ist; sie drücken ein Geschichtsbewußtsein aus, das seiner utopischen Dimension beraubt ist. Auch die Dissidenten der Wachstumsgesellschaft verharren in der Defensive. Ihre Antwort könnte nur ins Offensive gewendet werden, wenn das Sozialstaatsprojekt nicht einfach festgeschrieben oder abgebrochen, sondern auf höherer Reflexionsstufe fortgesetzt würde. Das reflexiv gewordene, nicht nur auf die Zählung der kapitalistischen Ökonomie, sondern auf die Bändigung des Staates selbst gerichtete Sozialstaatsprojekt verliert freilich als seinen zentralen Bezugspunkt die Arbeit. Es kann nämlich nicht mehr um die Einfriedung einer zur Norm erhobenen Vollzeitbeschäftigung gehen. Ein solches Projekt dürfte sich nicht einmal darin erschöpfen, durch Einführung des garantierten Mindesteinkommens den Bann zu brechen, den der Arbeitsmarkt über die Lebensgeschichte aller Arbeitsfähigen verhängt – auch über das wachsende und immer weiter ausgegrenzte Potential derer, die nur noch in Reserve stehen. Dieser Schritt wäre revolutionär, aber nicht revolutionär genug – sogar dann nicht, wenn die Lebenswelt nicht allein gegen menschenunwürdige Imperative des Beschäftigungssystems abgeschirmt werden könnte, sondern gegen die kontraproduktiven Nebenfolgen einer administrativen Datenspeicherung im ganzen.

Solche Hemmschwellen im Austausch zwischen System und Lebenswelt könnten erst funktionieren, wenn zugleich eine neue

157

nung tragen und diese mit der öffentlichen Meinung in Einklang bringen – »symbolische Politik« ist das Ergebnis. Auch die Regierung muß sich gleichzeitig um die Unterstützung der Massen und der privaten Investoren bemühen.

Wenn man die beiden konträren Beschreibungen zu einem realistischen Bild zusammenfügen will, bietet sich das in der Politikwissenschaft gebräuchliche Modell verschiedener Arenen an, die einander überlagern. C. Offe beispielsweise unterscheidet drei solcher Arenen. In der ersten bringen, leicht erkennbar, politische Eliten innerhalb des Staatsapparates ihre Entscheidungen zustande. Darunter liegt eine zweite Arena, in der eine Vielzahl anonymer Gruppen und kollektiver Akteure aufeinander einwirken, Koalitionen eingehen, den Zugang zu Produktions- und Kommunikationsmitteln kontrollieren und, schon weniger deutlich erkennbar, durch ihre soziale Macht den Spielraum für die Thematisierung und Entscheidung politischer Fragen vorgängig festlegen. Darunter schließlich befindet sich eine dritte Arena, in der schwer greifbare Kommunikationsströme die Gestalt der politischen Kultur bestimmen und mit Hilfe von Realitätsdefinitionen um das, was Gramsci kulturelle Hegemonie genannt hat, wetteifern – hier vollziehen sich die Trendwenden des Zeitgeistes. Die Wechselwirkung zwischen den Arenen ist nicht leicht dingfest zu machen. Bisher scheinen die Vorgänge in der mittleren Arena Vorrang zu haben. Wie immer die empirische Antwort ausfällt, jedenfalls läßt sich unser *praktisches Problem* jetzt anschaulicher fassen: jedes Projekt, das die Gewichte zugunsten solidarischer Steuerungsleistungen verschieben möchte, muß die untere Arena gegenüber den beiden oberen mobilisieren.

In dieser Arena wird nicht unmittelbar um Geld oder Macht, sondern um Definitionen gestritten. Es geht um die Unversehrtheit und Autonomie von Lebensstilen, etwa um die Verteidigung traditionell eingewohnter Subkulturen oder um die Veränderung der Grammatik überlieferter Lebensformen. Für das eine bieten regionalistische Bewegungen, für das andere feministische oder ökologische Bewegungen Beispiele. Diese Kämpfe bleiben meist latent, sie bewegen sich im Mikrobereich alltäglicher Kommunikationen, verdichten sich nur dann und wann zu öffentlichen Diskursen und höherstufigen intersubjektivitäten. Auf solchen Schauplätzen können sich autonome Öffentlichkeiten bilden, die auch miteinander in Kommunikation treten, sobald das Potential

3 Arenen

hier:
Wortwandel-
diskussion

159

zur Selbstorganisation und zum selbstorganisierten Gebrauch von Kommunikationsmedien genutzt wird. Formen der Selbstorganisation verstärken die kollektive Handlungsfähigkeit unterhalb einer Schwelle, an der sich die Organisationsziele von den Orientierungen und Einstellungen der Organisationsmitglieder ablösen und wo die Ziele vom Bestandserhaltungsinteresse selbständiger Organisationen abhängig werden. Die Handlungsfähigkeit basisnaher Organisationen wird immer hinter ihrer Reflexionsfähigkeit zurückbleiben. Das muß für die Bewältigung jener Aufgabe, die sich bei der Fortführung des Sozialstaatsprojektes in den Vordergrund schiebt, kein Hindernis sein. Die autonomen Öffentlichkeiten müßten eine Kombination von Macht und intelligenter Selbstbeschränkung erreichen, die die Selbststeuerungsmechanismen von Staat und Wirtschaft gegenüber den zweckorientierten Ergebnissen radikal-demokratischer Willensbildung hinreichend empfindlich machen könnte. Vermutlich kann das nur gelingen, wenn die politischen Parteien eine ihrer Funktionen ersatzlos, d. h. ohne einem funktionalen Äquivalent bloß Platz zu machen, aufgeben: die der Erzeugung von Massenloyalität.

Diese Überlegungen werden um so provisorischer, ja unklarer, je mehr sie sich ins normative Niemandsland vorantasten. Da sind negative Abgrenzungen schon einfacher. Das reflexiv gewordene Sozialstaatsprojekt nimmt Abschied von der arbeitsgesellschaftlichen Utopie. Diese hatte sich am Kontrast der lebendigen und der toten Arbeit, an der Idee der Selbsttätigkeit orientiert. Dabei mußte sie freilich die subkulturellen Lebensformen der Industriearbeiter als eine Quelle von Solidarität voraussetzen. Sie mußte voraussetzen, daß Kooperationsbeziehungen in der Fabrik die naturwüchsig eingespielte Solidarität der Arbeitersubkultur sogar verstärken würden. Diese sind aber inzwischen weitgehend zerfallen. Und ob deren solidaritätsstiftende Kraft am Arbeitsplatz regeneriert werden kann, ist einigermaßen zweifelhaft. Wie dem auch sei – was für die arbeitsgesellschaftliche Utopie Voraussetzung oder Randbedingung war, wird heute zum Thema. Und mit diesem Thema verschieben sich die utopischen Akzente vom Begriff der Arbeit auf den der Kommunikation. Ich spreche nur noch von »Akzenten«, weil sich mit dem Paradigmenwechsel von der Arbeits- zur Kommunikationsgesellschaft auch die Art der Anknüpfung an die Utopietradition ändert.

160

Einsichten aus eigener Initiative zu verwirklichen.¹³ Die Utopiekritik, die von Hegel über Carl Schmitt bis auf unsere Tage das Menetekel des Jakobinismus an die Wand malt, denunziert zu Unrecht die angeblich unvermeidliche Verschwisterung der Utopie mit dem Terror. Immerhin – utopistisch ist die Verwechslung einer hochentwickelten kommunikativen Infrastruktur möglicher Lebensformen mit einer bestimmten, im Singular auftretenden Totalität des gelungenen Lebens.

Anmerkungen

- 1 Ich folge den ausgezeichneten Untersuchungen von R. Koselleck, *Vergangene Zukunft*, Frankfurt/M. 1979.
- 2 Zum folgenden vgl. J. Rüsen, *Utopie und Geschichte*, in: W. Vosskamp (Hg.), *Utopieforschung*, Stuttgart 1982, Bd. 1, S. 356 ff.
- 3 L. Hölscher, *Der Begriff der Utopie als historische Kategorie*, in: Vosskamp (Anm. 2), Bd. 1, S. 402 ff.
- 4 R. Koselleck, *Die Verzeitlichung der Utopie*, in: Vosskamp (s. Anm. 2), Bd. 3, S. 1 ff.; R. Trousson, *Utopie, Geschichte, Fortschritt*, in: Vosskamp (s. Anm. 2), Bd. 3, S. 15 ff.
- 5 Aus dieser Perspektive hat Oskar Negt soeben noch eine bemerkenswerte Studie vorgelegt: *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit*, Frankfurt/M. 1984.
- 6 C. Offe, *Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie*, in: ders.; *Arbeitsgesellschaft – Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*, Frankfurt/M. 1984, S. 20.
- 7 Aus dieser Perspektive jüngst noch H. Kern und M. Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung?*, München 1984.
- 8 Zum folgenden vgl. C. Offe, *Zu einigen Widersprüchen des modernen Sozialstaates*, in: ders., *Arbeitsgesellschaft* (s. Anm. 6), S. 323 ff. J. Keane, *Public Life and Late Capitalism*, Cambridge 1984, Ch. 1, S. 10 ff.
- 9 C. Offe, *Perspektiven auf die Zukunft des Arbeitsmarktes*, in: ders., *Arbeitsgesellschaft* (s. Anm. 6), S. 340 ff.
- 10 C. Offe, *Korporatismus als System nichtstaatlicher Machtsteuerung*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 10. Jg., 1984, S. 234 ff.; zur systemtheoretischen Rechtfertigung des Neokorporatismus vgl. H. Willke, *Entzauberung des Staates*, Königstein 1983.
- 11 Th. Schmid, *Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten*

162

Gewiß, mit der Verabschiedung von utopischen Gehalten der Arbeitsgesellschaft schließt sich keineswegs überhaupt die utopische Dimension von Geschichtsbewußtsein und politischer Auseinandersetzung. Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus. Ich bleibe bei meiner These, daß die Selbstvergewisserung der Moderne nach wie vor von einem Aktualitätsbewußtsein angestachelt wird, in dem geschichtliches und utopisches Denken miteinander verschmolzen sind. Aber mit den utopischen Gehalten der Arbeitsgesellschaft verschwinden zwei Illusionen, die das Selbstverständnis der Moderne verhext haben. Die erste Illusion entsteht aus einer mangelnden Differenzierung.

In den Ordnungsutopien waren die Dimensionen von Glück und Emanzipation mit denen der Machtsteigerung und der Produktion gesellschaftlichen Reichtums zusammengefloßen. Die Entwürfe rationaler Lebensformen gingen mit der rationalen Beherrschung der Natur und der Mobilisierung gesellschaftlicher Energien eine trügerische Symbiose ein. Die in Produktivkräften entfesselte instrumentelle Vernunft, die in Organisations- und Planungskapazitäten sich entfaltende funktionalistische Vernunft sollten den Weg zum menschenwürdigen, egalitären und zugleich libertären Leben bahnen. Das Potential der Verständigungsverhältnisse sollte am Ende umstandslos aus der Produktivität der Arbeitsverhältnisse hervorgehen. Die Hartnäckigkeit dieser Konfusion spiegelt sich noch in der kritischen Umkehrung, wenn z. B. die Normalisierungsleistungen zentralistischer Großorganisationen mit den Verallgemeinerungsleistungen des moralischen Universalismus in einen Topf geworfen werden.¹²

Noch einschneidender ist die Abkehr von der methodischen Illusion, die mit den Entwürfen einer konkreten Totalität künftiger Lebensmöglichkeiten verbunden war. Der utopische Gehalt der Kommunikationsgesellschaft schrumpft auf die formalen Aspekte einer unversehrten intersubjektivität zusammen. Noch der Ausdruck »ideale Sprechsituation« führt, soweit er eine konkrete Gestalt des Lebens suggeriert, in die Irre. Was sich normativ auszeichnen läßt, sind notwendige, aber allgemeine Bedingungen für eine kommunikative Alltagspraxis und für ein Verfahren der diskursiven Willensbildung, welche die Beteiligten selbst in die Lage versetzen könnten, konkrete Möglichkeiten eines besseren und weniger gefährdeten Lebens nach eigenen Bedürfnissen und

161

Mindesteinkommen, Berlin 1984.

- 12 Vgl. dazu J. F. Lyotard, *Das postmoderne Wissen*, Wien 1983; kritisch A. Honneth, *Der Affekt gegen das Allgemeine*, in: *Merkur* 430, Dez. 1984, S. 893 ff.
- 13 K. O. Apel, *Ist die Ethik der idealen Kommunikationsgemeinschaft eine Utopie?*, in: Vosskamp (s. Anm. 2), Bd. 1, S. 325 ff.



PHILIPP BLOM, 1970 in Hamburg geboren, studierte Philosophie, Geschichte und Judaistik in Wien und Oxford. Er lebt als Schriftsteller und Historiker in Wien. Zahlreiche Auszeichnungen, u. a. Stipendium am Getty Research Institute in Los Angeles und deutscher Sachbuchpreis. Zuletzt erschienen bei Hanser: *Der taumelnde Kontinent. Europa 1900–1914* (2009), *Böse Philosophen* (2011), *Die zerrissenen Jahre. 1918–1938* (2014), *Die Welt aus den Angeln. Eine Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570 bis 1700 sowie der Entstehung der modernen Welt, verbunden mit einigen Überlegungen zum Klima der Gegenwart* (2017) – und im Paul Zsolnay Verlag der Roman *Bei Sturm am Meer* (2016). Weitere Informationen unter www.philipp-blom.eu.

Autorenfoto und Umschlaggestaltung:
© Peter-Andreas Hassiepen, München





PHILIPP BLOM, 1970 in Hamburg geboren, studierte Philosophie, Geschichte und Judaistik in Wien und Oxford. Er lebt als Schriftsteller und Historiker in Wien. Zahlreiche Auszeichnungen, u. a. Stipendium am Getty Research Institute in Los Angeles und deutscher Sachbuchpreis. Zuletzt erschienen bei Hanser: *Der taumelnde Kontinent. Europa 1900–1914* (2009), *Böse Philosophen* (2011), *Die zerrissenen Jahre. 1918–1938* (2014), *Die Welt aus den Angeln. Eine Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570 bis 1700 sowie der Entstehung der modernen Welt, verbunden mit einigen Überlegungen zum Klima der Gegenwart* (2017) – und im Paul Zsolnay Verlag der Roman *Bei Sturm am Meer* (2016). Weitere Informationen unter www.philipp-blom.eu.

Autorenfoto und Umschlaggestaltung:
© Peter-Andreas Hassiepen, München

WOHLSTAND DEMOKRATIE FREIHEIT KLIMA ME
RANZ FREIHEIT KLIMA MENSCHENRECHTE AR
MENSCHENRECHTE ARBEIT DEMOKRATIE WOHL
K DEMOKRATIE WOHLSTAND TOLERANZ FREIH
STAND TOLERANZ FREIHEIT KLIMA MENSCHEN
EIT KLIMA MENSCHENRECHTE ARBEIT DEMOKR

PHILIPP
BLOM
WAS AUF DEM
SPIEL STEHT

PHILIPP
BLOM
WAS AUF DEM
SPIEL STEHT

ELSTAND DEMOKRATIE FREIHEIT KLIMA MENS
ENZ FREIHEIT KLIMA MENSCHENRECHTE ARBEI
SCHENRECHTE HANSER DEMOKRATIE WOHLST
MOKRATIE WOHLSTAND TOLERANZ FREIHEIT
ND TOLERANZ FREIHEIT KLIMA MENSCHENRE
KLIMA MENSCHENRECHTE ARBEIT DEMOKRAT

NO FUTURE, INC.

Es ist ganz wahr, was die Philosophie sagt, daß das Leben rückwärts verstanden werden muß. Aber darüber vergißt man den andern Satz, daß vorwärts gelebt werden muß.

SØREN KIERKEGAARD, TAGEBUCH, 1843

Nehmen wir ein Glas Wasser. Dies ist kein normales Wasser. Es wurde eingesehen aus einer Flasche Cristallo Tributo a Modigliani. Mundgeblasen und mit 24-karätigem Gold verziert kostet sie etwa 50 000 Euro – inklusive des Inhalts, einer Cuvée der besten Mineralwässer aus Fidschi, Frankreich und einem isländischen Gletscher. Es ist Wasser, das abgeschmolzen ist, und nicht einmal das einzige Gletscher-Mineralwasser. Dafür ist es das mit Abstand teuerste der Welt. Um die 30-Euro-Marke aber wird der Markt recht kompetitiv. Es gibt genug Leute, die so viel Geld für eine Flasche Wasser ausgeben wollen, auf Wunsch mit Kristallverzierung.

Wasser wird immer kostbarer. Es wird Kriegsgrund, Machtbasis, Handelsgut, Erpressungsmittel, Auswanderungsmotiv sein. An einigen Orten steht es immer höher, während es anderswo ganz ausbleibt. Währenddessen trinkt das oberste Prozent eines Prozents der Weltbevölkerung aus vergoldeten Flaschen Wasser von Gletschern, die bald verschwunden sein werden. Willkommen in der Gegenwart.

Die Gegenwart ist immer opak, undurchschaubar. Es ist schwer, die Konturen der Landschaft zu erkennen, wenn durchziehende Wolken und Nebel die Sicht behindern. Machen wir deswegen einen Selbstversuch, ein Gedankenexperiment. Stellen wir uns vor, die Gegenwart wäre nicht Gegenwart, das Produkt einer bestimmten Geschichte und die Normalität, in der wir alle leben, sondern längst vergangen, ein Punkt auf einer langen Linie von Veränderung und Evolution, ein Durchgangsstadium der Geschichte. Was würden wir sehen, wenn wir das Jahr 2017 aus einer Entfernung von zwei oder drei Generationen betrachten könnten?

Stellen wir uns vor, eine junge Historikerin würde in 50 Jahren an einer Geschichte des frühen 21. Jahrhunderts arbeiten. Was würde ihr auffallen? Was wird sie als die entscheidenden Faktoren betrachten? Was an unserer Zeit wird ihr unverständlich sein? Worauf würde sie ihr Augenmerk lenken? Sicherlich nicht auf die Namen von Staatsoberhäuptern, Demagogen und Managern, auf Terrorgruppen und Stars oder auf regionale Kriege. Von ihrer Perspektive aus gesehen wird ihr etwas anderes wichtig erscheinen.

Wenn die junge Historikerin der Zukunft in einem hochentwickelten Land lebt, ist es fast sicher, dass beinahe die gesamte Arbeit von intelligenten Robotern, Algorithmen und anderen Maschinen verrichtet wird. Auch ihre Recherchen werden sicherlich durch Algorithmen angereichert, die enorme Datenmengen verdauen und aufbereiten können. Das hat seine Tücken, schließlich vertraut sie damit implizit dem Urteil des Algorithmus, aber sie wird sich nie bei winterlichen Recherchen in einem zugigen Archiv eine Erkältung holen, wenn sie das vermeiden möchte. Allerdings wird auch das vormalig so kühle Archiv etwas wärmer sein, denn das Klima der Erde wird sich schon wesentlich verändert haben, und Europa

wird davon abhängig sein, ob der Golfstrom bis dahin zum Erliegen gekommen ist oder nicht; es wird dann entweder ein wesentlich wärmerer oder aber ein wesentlich kälterer Kontinent geworden sein.

Was also würde sich diese Historikerin fragen, wenn sie über das frühe 21. Jahrhundert forscht? Sie würde wahrscheinlich zwei Dinge nicht verstehen. Einerseits würde sie sehen, dass die beginnende Erderwärmung längst wissenschaftlich erfasst war und beobachtet wurde, dass die damaligen Gesellschaften aber nur sehr langsam und zögerlich auf diese enorme Transformation reagierten. Andererseits würde sie sehen, dass die Digitalisierung bereits angefangen hatte, tief in wirtschaftliche Zusammenhänge, soziale Strukturen und politische Machtgefüge einzugreifen und sie neu zu formen, aber dass auch diese Entwicklung nur kleinteilige und häufig rein symbolische Reaktionen nach sich zog. In den damaligen Gesellschaften, so könnte sie schließen, drehte sich aus schwer erklärlichen Gründen alles um die Verwaltung von Erwartungshaltungen und um die Verteidigung von Privilegien. Die Zukunft war im Grunde ausgesperrt worden.

Warum, wird unsere Historikerin sich fragen, hat man damals so starr an einem wirtschaftlichen Modell festgehalten, das gefährlich und überholt war, warum gab es keine gigantischen Demonstrationen und bewaffneten Aufstände, um eine rasche und entschlossene Wende einzuleiten? Warum haben sie ihren eigenen Wissenschaftlern nicht geglaubt? Damals wäre eine Weichenstellung vielleicht noch möglich gewesen. Haben die Menschen denn nicht gewusst, dass 16 der 17 heißesten jemals gemessenen Jahre zwischen 2000 und 2017 lagen? Haben sie nie eine Fabrik gesehen, die schon damals fast ohne menschliche Arbeit auskam? Haben sie einfach ihren Augen nicht trauen wollen, oder haben sie sich aus irgend-

einem bestimmten Grund gewiegt, aus dem, was sie sahen, Konsequenzen zu ziehen?

Statt einer Antwort ein Stimmungsbild: Die reichen, demokratischen Länder, die großen Wirtschaftsmächte, die G7 oder G8, die ehemaligen Kolonialherren und ehemaligen Industriestandorte sind in ein reaktionäres Zeitalter abgerutscht. Ihr schönstes Gefühl ist Nostalgie. Sie wollen keine Zukunft. Zukunft ist Veränderung, und Veränderung ist Verschlechterung, bedeutet millionenfache Migration, Klimawandel, kollabierende Sozialsysteme, explodierende Kosten, Bomben in Nachtclubs, Umweltgifte, ausbleichende Korallenriffe, massenhaftes Artensterben, versagende Antibiotika, Überbevölkerung, Islamisierung, Bürgerkrieg. Zukunft sollte vermieden werden. Die Menschen in der reichen Welt wollen nur, dass die Gegenwart nie endet.

Politik hat früher in Visionen gesprochen, und diese Visionen waren mörderisch. Heute hat man realistischere Ansprüche. Politik wird Sachverwaltung, Erwartungsmanagement, Customer Service. Nur Wohlfühl-Gurus, Silicon-Valley-Typen und Sektenführer sprechen noch von Utopie, von einer besseren Welt, die vor uns liegt, in der die Probleme der Gegenwart nur noch Erinnerung sind, sonst sind die Projektionen unserer Zukunft allesamt trostlos bis verzweifelt: Houellebecq und Hollywood, Lars von Trier und wissenschaftliche Langzeitstudien, Cormac McCarthy und zahllose Computerspiele zeichnen Dystopien. Eine vage Panik kursiert in unseren Adern.

Kaum jemand in der reichen Welt glaubt noch ernsthaft, dass es den eigenen Kindern besser gehen wird, dass harte Arbeit belohnt wird, dass Politiker im Interesse ihrer Wähler handeln wollen oder können, dass die Menschheit ein besseres Morgen erwartet. Also lieber keine Veränderung. So wird es zum höchsten Ziel, den Status quo zu erhalten.

Die Veränderung aber, die Gezeit des Neuen, steigt. Sie verdrängt Millionen durch Dürre und Überschwemmungen und treibt sie auf die Flucht, sie verdrängt in reichen Ländern unbittlich mehr und mehr Menschen aus ihren Jobs, sie schafft Unsicherheit, sie dehnt und staucht das uns vertraute Maß der Welt, jeder Schritt und jeder Handgriff fühlt sich unerwartet, künstlich an. Ein weit verbreitetes Gefühl, das noch nicht zu Verständnis geronnen ist, sagt uns, dass wir die Kontrolle verlieren, dass nichts mehr so ist, wie es einmal war, dass wir nicht mehr kontrollieren und nicht mehr begreifen können, was gerade vor sich geht. Wir halten uns also an das, was wir kennen, was bequem ist. Die Zukunft ist schließlich ohnehin ungewiss.

Wenn wir nicht an dem festhalten können, was wir haben, werden wir alle untergehen. Die Ratten packen schon ihre Sachen, die Superreichen kaufen sich *boltholes* in Neuseeland, Refugien mit Nahrungsreserven, Bunkern und Generatoren, um sich vor der nahenden Apokalypse zu retten. Dabei haben ihre Vorboten längst die Küsten des idyllischen Inselstaats erreicht. Intensive Viehzucht trocknet Flüsse aus und verpestet sie mit Chemikalien, immer größere Teile der landwirtschaftlichen Flächen und der Infrastruktur gehören chinesischen Investoren, und das früher sagenumwobene Sozialsystem des Landes – eine Art Schweden mit Sonne – wurde im Zuge einer wirtschaftlichen Reform- und Privatisierungskampagne abgebrochen, eingestellt oder verscherbelt.

Heute ist Neuseeland ein Fluchtort für die apokalypsegeile Elite des Silicon Valley. Gleichzeitig ist Armut auch dort nichts Ungewöhnliches mehr, eine steigende Zahl von Kindern kommt morgens mit leerem Magen in die Schule, ältere Schüler machen Nebenjobs statt Hausaufgaben, um das Familieneinkommen aufzubessern, Lehrer verbringen einen Gutteil

ihrer Zeit damit, von privaten Spendern Geld für ihre Schule aufzutreiben, um wenigstens das Allernötigste zu gewährleisten. An einer Bushaltestelle in Auckland beobachtete ich einen Mann in Freizeitkleidung, der Mülltonnen nach etwas Essbarem durchwühlte. Das Paradies ist längst zum freien Markt geworden. Wer nichts zu verkaufen hat, den beißen die Hunde.

DIE FALLE DER NORMALITÄT

Wo ist die Zukunft hin? Wer hat sie vernichtet, in welches Loch hat sie sich verkrochen? Ist der Erhalt des Status quo das Beste, worauf wir hoffen können? Und können Gesellschaften ohne Hoffnung lange existieren?

Zuerst: Die Zukunftslosigkeit betrifft die Gesellschaften des sogenannten Westens, die viel zu verlieren haben. Beobachter aus Südamerika, Asien und Afrika konstatieren, dass die ehemaligen Kolonialherren den Verlust ihrer Macht betrauern, während besonders in Südostasien noch immer Aufbruchstimmung herrscht und Hunderte von Millionen aus der bittersten Armut befreit wurden. Aber auch übergroßer Optimismus kann die Atmosphäre vergiften. Auch in Neu-Delhi und Peking muss man die Luft atmen können, die der Fortschritt produziert.

Im reichen Westen kann man atmen, denn der schlimmste Dreck, die schlimmste Zerstörung, die diese Gesellschaften produzieren, wurden an ihre Peripherie verbannt, dorthin, wo niemand hinsieht. Aus den Augen, aus dem Sinn. Das Erdöl hat eine ganz eigene Geografie des Terrors und der Bürgerkriege geschaffen, der Hunger des Westens frisst sich täglich weiter in die Regenwälder. Aber während Palmöl und Soja anderswo Leben und Lebensformen vernichten, sehen

die Konsumenten nur Kosmetik und Schokolade und Hamburger.

So mästet gerodeter Regenwald Rinder und preisbewusste Verbraucher anderer Kontinente, die ihre patriotische Pflicht tun, indem sie zum Wirtschaftswachstum beitragen. Wenn es schon keine bessere Zukunft geben kann, kann man doch zumindest die Gegenwart angenehm gestalten. Trotzdem hängt etwas in der Luft: eine Ahnung, eine Angst, eine immense Wut. Viele Menschen wollen zurück in eine bessere Vergangenheit, Mauern bauen, sich wieder sicher fühlen. Dazu passt, dass sich die westlichen Gesellschaften immer weiter musealisieren. Es gibt nach einer Schätzung des International Council of Museums rund 55000 Museen auf der Welt, rund zwei Drittel davon stehen in Europa und den USA, Deutschland allein zählt fast 7000 Museen. Mehr als die Hälfte von ihnen wurden in der Nachkriegszeit gegründet. Die Vergangenheit als zu konservierendes Totem derer, die glauben, keine Zukunft mehr zu haben.

Das alles ist so, weil es so sein muss, eine logische Entwicklung, das Resultat technologischer Fortschritte und politischer Verwerfungen. Die Welt ist, wie sie ist, weil es nicht anders kommen konnte. Vielleicht ist es der alte Kreislauf von der Blüte zur Dekadenz, ein historisches Gesetz, von dem schon die alten Griechen schrieben.

Das zu glauben hat eine gewisse Logik. Vielleicht ist aber auch das Gegenteil der Fall. Vielleicht sind unsere Gesellschaften aus Zufällen entstanden, aus Missverständnissen, Improvisationen und Kompromissen, misslungenen Morden und glücklich gewonnenen Schlachten, geführt von unverhofft auftauchenden charismatischen Führern oder mittelmäßigen Monarchen zur falschen Zeit am falschen Ort, durch Klimaschwankungen, individuelles Glück und Pech – und durch

enorm viel Kohle, Erdöl, Stahl und Beton. Keine Vorsehung hat die Welt so gelenkt, kein Fortschritt so geformt. Es könnte alles auch anders sein.

Der Gedanke, dass alles so ist, wie es ist, weil es nicht anders sein könnte, lässt alles Nachdenken über Alternativen erstarren. Es ist das Denken des Marktes mit Echos viel älterer, religiöser Gefühle, die hinter den Ereignissen einen Plan vermuten, eine Vorsehung, eine unsichtbare Hand – eine seltsam tröstliche Vorstellung. Es wird schon alles nicht so schlimm werden, wir sind noch immer davongekommen, schließlich kann das hier ja nicht alles sein, schließlich ist die menschliche Geschichte ein langer Marsch zum Licht, wenn auch mit dramatischen Kollateralschäden, aber wo viel Licht ist, ist eben auch viel Schatten.

Es ist destabilisierend, aber auch befreiend, das Gegenteil anzunehmen. Nichts an der gegenwärtigen Situation ist natürlich und notwendig, nicht die berühmte freiheitlich-demokratische Grundordnung, nicht die Existenz von Menschenrechten, nicht der Klimawandel oder die Digitalisierung der menschlichen Arbeit, nicht die Steigerung von Lebensstandard und Lebenserwartung in vielen Ländern, nicht die Idee, eine Gesellschaft sei wie eine Firma zu führen. Es sind kontingente und oft zufällige Entwicklungen, Produkte einmaliger Gemengelage, Durchgangsstadien in eine noch unbekanntere Zukunft. Das aber heißt auch: Alles könnte auch anders sein, nur Naturgesetze sind so, wie sie nun einmal sind.

Gesellschaften sind nicht notwendig so geworden, wie sie sind. Trotzdem werden sie auch bewusst beeinflusst und geformt. Was sie überhaupt zu Gesellschaften macht, sind die Geschichten, die sie über sich selbst erzählen, Geschichten von Helden und ihren Todfeinden, von Ehre und Gewalt, davon, was Tugend bedeutet und was Laster, welche Opfer die Ge-

meinschaft erwartet, was sie als Preis für Heldentum verspricht, was erstrebenswert ist und was erlaubt. Gesellschaften erzählen ihren Mitgliedern über Mythen und heilige Bücher, Filme und Romane, soziale Netzwerke und Sportveranstaltungen, Kreuzworträtsel und Liebschaften, Fernsehwerbung und philosophische Werke oder auch einfach nur über Alltagssituationen. Die Geschichte, in der wir zufällig gerade stecken, mit einer objektiven Wahrheit und Notwendigkeit zu verwechseln wäre ein fataler Irrtum.

VON WASSER ZU WEIN

Noch ein flüssiges Beispiel, diesmal ein Glas Wein. In dem Glas befindet sich Traubensaft, dessen Zuckergehalt von Hefekulturen in Alkohol umgewandelt wurde. Die Einzeller sind wunderbar effektiv. Unermüdlich fressen sie alles, was sie finden, und vermehren sich explosionsartig, bis sie bei einem bestimmten Alkoholgehalt verhungern und ersticken. Aber sie wissen nichts davon, was sie erwartet. Sie fressen weiter.

Zwischen diesen einzelligen Hefesporen und Wirbeltieren liegen Jahrmillionen der Evolution, und doch hat sich ihr kollektives Verhalten kaum geändert. Besonders eines dieser Wirbeltiere, Homo sapiens, frisst sich durch natürliche Ressourcen, als wären sie unendlich, schneller denn je, gefräßiger denn je. Trotz symbolischen Denkens, Bach und Shakespeare, trotz Einstein und Michelangelo zeigt der Mensch im Kollektiv keinen evolutionären Lernerfolg gegenüber Einzellern. Die Hefepilze – das sind wir.

Die Menschen, die heute leben, sind allerdings auch die erste Generation ihrer Spezies, die sich andere Lernerfolge zunutze machen könnte. Wissenschaftliche Untersuchungen

und Modelle vermitteln ihnen eine ziemlich gute Vorstellung von den wahrscheinlichen Konsequenzen ihres kollektiven Handelns – nur ist diese Vorstellung so unwirklich und unangenehm, scheinbar so weit von der gegenwärtigen Realität entfernt, dass es schwerfällt, sie zu glauben. Die Menschheit frisst weiter, gefangen in ihrer immerwährenden Gegenwart.

AUSSICHT OHNE EINSICHT: KLIMAWANDEL, DIGITALISIERUNG UND KONSUM

BETRIEBSTEMPERATUR

Wer über die Zukunft nachdenken will, muss einen Satz aus seinem Vokabular streichen. Dieser Satz lautet: »Das kann nie passieren.«

So vieles ist in den letzten Jahren geschehen, was kluge, datengefütterte oder intuitive, persönliche oder akademische Analysen für unmöglich erklärt hatten, dass es geboten scheint zu begreifen, dass ein ganz neuer Horizont politischer, ökonomischer und kultureller Möglichkeiten entstanden ist – ein Horizont der existenziellen Bedrohung und der historischen Chance.

Während ich dies schreibe, im Februar 2017, zeigt das Thermometer in Wien 20 Grad Celsius – eine Temperatur, die normalerweise im April oder Mai zu erwarten wäre –, während in Deutschland und Großbritannien für die Jahreszeit untypische Stürme wüten. Das ist natürlich eine Ausnahme – wie die Temperatur am Nordpol, wo es momentan so warm ist wie in Berlin, und wie die beiden Jahrhundertorkane, die in den letzten zwei Jahren New York getroffen haben, wie die historische Dürre in Kalifornien, in Teilen Pakistans und des Nahen Ostens, wie die unerwartet heftigen Regenfälle 2015 in Indien und 2017 in Peru und Australien, wie die Tatsache, dass die Jahre 2014, 2015 und 2016 jeweils einen neuen Hitzerekord aufgestellt haben, während der letzte Kälterekord auf 1960 datiert. Irgendwann muss man sich angesichts solcher Anhäufungen von Ausnahmen die Frage stellen, wann aus ihnen eine neue Regel wird.

ENERGIE UND DIE GESCHICHTE DER ARBEIT

Es ist alles eine Frage der Arbeit, der Energie, der sekundären Evolution. Die Menschen haben sich im Laufe ihrer Frühgeschichte von der ständigen Notwendigkeit der Nahrungssuche emanzipiert, indem sie immer mehr Arbeit ausgelagert und andere Energiequellen genutzt haben. Abgesehen von Wind und Strömung und Brennstoffen wie Holz oder Torf, war dabei die wichtigste Quelle die Arbeit anderer, sozial niedrig gestellter Menschen.

Das antike Rom baute ein Weltreich auf, dessen Logistik und Organisation atemberaubend komplex waren, und unterhielt eine Weltstadt, deren Versorgung und Administration eine immense Leistung darstellen. Sein Heer war das mächtigste der Welt, seine Architektur so vollkommen, dass einige römische Gebäude nach 2000 Jahren noch immer genutzt werden, seine Literatur und Philosophie, seine Malerei und andere Künste gehören zu den erstaunlichsten Leistungen der Menschheitsgeschichte. Allein die fein austarierte Funktionsweise eines römischen Thermalbades mit seinen Heißluftleitungen und Becken mit verschiedenen Temperaturen ist ein Wunder der Technik.

Gleichzeitig konnte diese Welt kaum arbeitssparende Maschinen, obwohl das Wissen um physikalische Prinzipien und auch das technologische Können offensichtlich vorhanden waren, wie archäologische Funde beweisen. Der Grund dafür ist einfach: Römer hatten Sklaven. Menschliche Arbeit war billig und reichhaltig vorhanden, es war nicht notwendig, Arbeit an Maschinen auszulagern, zumal diese Maschinen von einer anderen Energiequelle als der menschlichen Muskelkraft angetrieben werden mussten.

Erst als menschliche Arbeit teurer wurde, stellten Maschi-

nen eine ernsthafte Alternative dar. Manche Historiker behaupten, dass die Pestepidemie, die um 1350 ein Drittel der europäischen Bevölkerung das Leben kostete, zumindest im Westen Europas den Punkt markiert, an dem besonders spezialisierte Arbeit kostbarer wurde, weil es weniger Arbeiter gab, die über eine entsprechend stärkere Verhandlungsposition verfügten. In Russland übrigens, wo die Pest ebenfalls gewütet hatte, hatte sie den gegenteiligen Effekt auf die bäuerliche Bevölkerung, die so geschwächt wurde, dass sie ihre einzige Macht, die der bewaffneten Rebellion, verlor und noch stärker unter die Knute ihrer Herren geriet.

In seiner großen *Encyclopédie* bezeichnete Denis Diderot die Dampfmaschine noch Mitte des 18. Jahrhunderts als Spielzeug ohne besondere Bedeutung. Einer der scharfsichtigsten und technologisch kompetentesten Philosophen seiner Zeit erkannte die Implikationen dieses Spielzeugs nicht. Als aber diese Spielzeuge erst die Textilmühlen Nordenglands und wenig später die ganze Welt eroberten, veränderte sich das Verhältnis der Menschen zur Arbeit. Immer mehr Menschen arbeiteten jetzt neben und mit Maschinen, waren ihre Herren oder ihre Diener. Die keuchenden Dampfkessel ermöglichten enorme Produktivitätsgewinne, aber sie fraßen Kohle, enorm viel Kohle.

Diese technologische Revolution dynamisierte die großen Städte, in denen Immigranten und Alteingesessene, Juden und Christen, Katholiken, Protestanten und Muslime miteinander Handel treiben und leben mussten. Neue Technologien und Handelsnetze ermöglichten enorme Profite, aber nur um den Preis der gegenseitigen Toleranz.

So kamen Autoren, die wir heute als Aufklärer bezeichnen, auf eine wahnwitzige Idee. Bis ins 17. Jahrhundert hinein war die menschliche Ungleichheit eine Selbstverständlichkeit. Na-

18.
Rach
Angew

türlich war ein Bauer weniger wert als ein Adeliger, ein Christ mehr als ein Heide, ein Mann mehr als eine Frau. Um die Mitte des Jahrhunderts aber erschienen Werke, die dieses Weltbild auf den Kopf stellten: Baruch de Spinoza (ein Kaufmann), René Descartes (ein Artillerieoffizier), John Locke (ein Verwaltungsbeamter), Pierre Bayle und Thomas Hobbes (beide Lehrer) und andere, oft fast vergessene Autoren aus der aufstrebenden Mittelschicht vertraten die Ansicht, das alle Menschen das gleiche Recht auf ihr Leben, ihre Freiheit und ihr Glück hätten, ungeachtet ihres Standes, ihrer Religion, ihrer Rasse und ihres Geschlechts.

Dieser Gedanke scheint den meisten Bewohnern der westlichen Welt heute so selbstverständlich, dass er kaum betont werden muss, aber tatsächlich hat er einen festen und wichtigen Platz in dieser Geschichte. Die Idee, dass jeder Mensch einen Wert hat, ist zwar so alt wie die Philosophie selbst, wurde aber im Laufe der Geschichte auch von christlichen Herrschern, deren Religion gerade die Solidarität mit den Geringsten fordert, ganz selbstverständlich ignoriert.

Erst mit der Französischen Revolution und den sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts wurden Menschenrechte im Zentrum der politischen Diskussion etabliert, die Ansprüche der noch immer grausam ausgebeuteten und gewaltsam unterdrückten landlosen Armen in Europa und der Sklaven und Kolonialvölker auf anderen Kontinenten wurden erst in einem traumatischen und oft blutigen Kampf über Jahrzehnte immer stärker anerkannt.

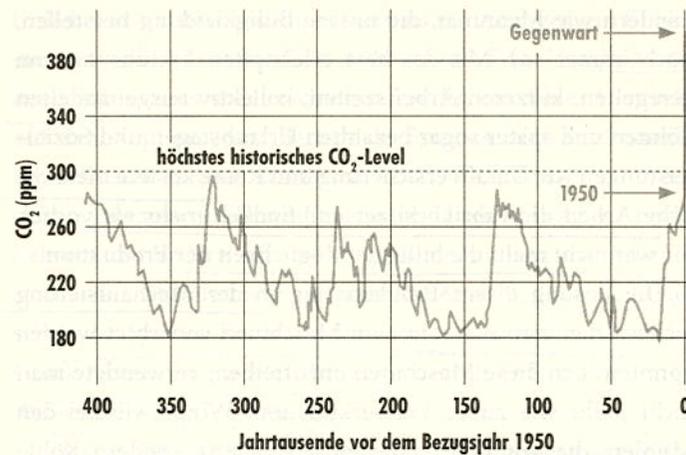
Eines der Resultate war, dass Arbeit teurer wurde. Bis ins späte 19. Jahrhundert hinein schufteten viele Fabrikarbeiter – Männer, Frauen und Kinder – in der Regel 14 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche, ohne jede Absicherung, und konnten vom Lohn gerade dem Hungertod entgehen (heute ist das in

Ländern wie Myanmar, die unsere Billigkleidung herstellen, noch immer so). Mit der hart erkämpften Einführung von geregelten, kürzeren Arbeitszeiten, kollektiv ausgehandelten Löhnen und später sogar bezahlten Urlaubstagen und Sozialleistungen wie Unfallversicherung und Rente kostete menschliche Arbeit die Fabrikbesitzer empfindlich mehr als vorher. Sie war nicht mehr die billigste Möglichkeit der Produktion.

Die Lösung dieses Problems lag in der Mechanisierung vieler Arbeitsprozesse, die von Maschinen verrichtet werden konnten. Um diese Maschinen anzutreiben, verwendete man nicht mehr wie zuvor Wasserkraft und Wind (wie bei den Mühlen, die seit Jahrhunderten bestanden), sondern Kohle und später Erdöl.

So bekam eine ganze Zivilisation eine enorme Zufuhr an Energie – fossiler Energie. Was die Räder, die Kolben und die Zylinder antrieb, war die gespeicherte Sonnenenergie von Jahrtausenden, die jetzt wieder in die Atmosphäre gepumpt wurde. Das geschah sehr schnell. Es begann vor etwa 200 Jahren, wurde aber durch das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit noch einmal wesentlich beschleunigt. Das Resultat wird in der Grafik auf der folgenden Seite deutlich, die den Kohlendioxidgehalt der Luft über die letzten 400 000 Jahre darstellt. Ganz rechts ist die Gegenwart.

Dies ist nicht der Ort, den Mechanismus des Klimawandels darzustellen oder noch einmal die leidige Frage aufzuwärmen, ob menschliche Aktivität wirklich dazu beigetragen hat, obwohl sich die Wissenschaft in überwältigendem Maße einig ist, dass menschliche Aktivität zumindest eine entscheidende Rolle dabei spielt. Was auch immer geschehen ist: Es ist Millionen Jahre her, dass die Atmosphäre dieses Planeten eine ähnlich hohe CO₂-Konzentration erlebt hat. Hinzu kommt der Effekt von weiteren sogenannten Treibhausgasen, darunter



Quelle: NASA

Methan, das nicht nur durch das Abschmelzen des Polareises freigesetzt wird, sondern besonders durch die Rinderzucht für die industrielle Fleischproduktion. Methan ist ein wesentlich stärkeres Treibhausgas als Kohlendioxid.

ERWARTUNGEN WERDEN SELTEN ERFÜLLT, ABER MANCHMAL ÜBERTROFFEN

Auch die zu erwartenden Folgen dieser Erwärmung sind gut erforscht. Zwei Drittel der Erdoberfläche sind von Wasser bedeckt, und die Ozeane enthalten mehr als 95 Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Wassers. Durch die Erwärmung dehnt sich das Wasser in den Ozeanen aus und führt zu einem Anstieg des Wasserspiegels, der die Küstenregionen bedroht. Gleichzeitig verdunstet mehr Wasser, was zu extremen Wetterereignissen wie Orkanen und zu einer Verände-

rung von Wettermustern führt. Die abschmelzenden Polkappen führen dem Ozean große Mengen Süßwasser zu, was wiederum eine erhebliche Auswirkung auf den Golfstrom haben könnte, von dem besonders das Klima Europas abhängt. Sollte der Golfstrom kollabieren, könnte es auf der Nordhalbkugel sogar zu einer starken Abkühlung kommen, zu einer neuen Kleinen Eiszeit.

Natürlich beruhen all diese Vorhersagen auf Modellen, die von unendlich vielen und komplexen Faktoren abhängen. Es ist also wahrscheinlich, dass sie teilweise falsch sind. Das allerdings ist kein Grund zur Beruhigung: Die Polkappen schmelzen derzeit wesentlich schneller ab, als Klimawissenschaftler prognostiziert hatten. Auch andere Indikatoren zeigen einen wesentlich stärkeren Anstieg der Temperaturen, der Erwärmung der ozeanischen Tiefenschichten und des Säuregehalts der Ozeane, als bis jetzt angenommen wurde. Eine wichtige Frage innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft ist, ob und wann systemische Scheitelpunkte erreicht werden, die eine klimatische Eigendynamik in Richtung noch höherer Temperaturen in Bewegung setzen, welche sich durch menschliche Interventionen nicht mehr kontrollieren lässt.

Zu Lande sind die Auswirkungen ähnlich drastisch. Langfristig veränderte Wettersysteme verschieben die Klimazonen des Planeten. Ein Großteil der Organismen (mit einigen Ausnahmen wie Ratten, Kellerasseln, Raben und Menschen) ist sehr fein auf ganz bestimmte klimatische Bedingungen eingestellt, um Futter zu finden und sich zu vermehren. Schon jetzt beobachten Biologen die Migration verschiedener Arten weg vom Äquator und in Regionen, in denen sie zuvor nicht hätten überleben können. Gleichzeitig ist es wahrscheinlich, dass diese Veränderung schneller vor sich gehen wird, als die evolutionäre Adaption erlaubt. Die Folge ist ein Artensterben, das

es in diesem katastrophalen Ausmaß seit dem Aussterben der Dinosaurier nicht mehr gegeben hat.

Wenn sich die Umgebung verändert, müssen Organismen sich entweder anpassen oder abwandern, oder sie sterben aus. Menschen sind von diesem Gesetz so wenig ausgenommen wie Singvögel oder die Regenwürmer, die sie fressen. Wenn als Ackerland genutzte Flächen insbesondere in afrikanischen Ländern südlich der Sahara, deren Wirtschaft noch immer überwiegend von Subsistenzlandwirtschaft geprägt ist, aber auch im Nahen und Mittleren Osten, in Südamerika und in Asien nicht mehr fruchtbar sind und zu wenig Niederschlag bekommen, werden Millionen von Menschen gezwungen sein, ihre Zukunft anderswo zu suchen – mit größter Wahrscheinlichkeit in den Metropolen, die sich schon jetzt gebildet haben und die zu gigantischen Agglomerationen ohne Infrastruktur oder effektive Regierung werden.

Der steigende Meeresspiegel wird gleichzeitig die Bewohner tiefliegender Küstenregionen wie Bangladesch oder auch Florida zwingen, landeinwärts zu fliehen. Für die Bürger der Malediven und von pazifischen Inselstaaten wie Tuvalu ist die Situation noch gravierender: Ihre Heimat wird in den nächsten Jahrzehnten unter den Wellen des Ozeans verschwinden.

Staatenlose Flüchtlinge, deren Heimatland buchstäblich untergegangen ist, stellen auch juristisch ein ganz neues Problem dar.

Zu diesen direkten Auswirkungen der Erderwärmung kommen indirekte Effekte, die für menschliche Gesellschaften wahrscheinlich noch gravierender sein werden. Zugang zu Wasser und fruchtbarem Ackerland könnte besonders am Äquator zum wichtigsten Kriegsgrund werden. Gleichzeitig werden Bevölkerungsbewegungen und aus allen Nähten platzende Mega-Metropolen eine ideale Brutstätte nicht nur für

Pandemien, sondern auch für Revolutionen und Terrorismus sein. Die dadurch entstehende politische Instabilität wiederum wird Handelsrouten, Machtverhältnisse und internationale Bündnisse erschüttern oder zerstören.

Die Bewohner der reichen, industrialisierten Länder der Nordhalbkugel werden die unmittelbare Brutalität des Klimawandels weniger zu spüren bekommen als ihre ärmeren südlichen Nachbarn. Hier sind die primären Effekte eher graduell: Es ist sicherlich keine besonders vernünftige Idee, sich in den nächsten Jahren ein Haus mit Meerblick in Florida zu kaufen (Banken in Miami weigern sich bereits, Hypotheken auf solche Grundstücke zu geben), und überall beobachten Winzer schon jetzt mit großer Sorge, dass sensible Rebsorten den steigenden Temperaturen kaum standhalten können, sodass zum Beispiel der europäische und nordamerikanische Weinbau wesentlich weiter nach Norden wandern könnte.

Diese Auswirkungen sind verkraftbar, wenn man sie mit anderen Gebieten vergleicht: Im Nahen und Mittleren Osten, auf den weiten Landflächen Chinas und vielleicht auch im Süden der USA wird es innerhalb der nächsten drei oder vier Jahrzehnte mehr verödetes Ackerland geben, Wüsten breiten sich aus, Waldgebiete versteppen. Die Gletscher ziehen sich jetzt zurück (das hilft der Produktion von exklusivem Mineralwasser), das Polareis schmilzt rapide ab.

Die Kombination von intensiver Besiedlung und intensiver Landwirtschaft belastet diesen Prozess zusätzlich, nicht nur in Ländern nahe dem Äquator. Akuter Wassermangel und eine historische Dürre in Kalifornien, Texas und Arizona haben beispielsweise dazu geführt, dass der noch vor einem Jahrzehnt mächtige Colorado River heute bis zu 20 Meter abgesunken ist, während 70 Prozent des Flusswassers für 30 Millionen Menschen und besonders für die Bewässerung von Avocados,

Pistazien, Mandelplantagen und anderen, besonders durstigen und profitablen Produkten verwendet werden.

Verglichen mit anderen Regionen sind diese Auswirkungen moderat. Auch die Gesellschaften der Nordhalbkugel aber werden in einer globalisierten Welt nicht verschont bleiben von dem Chaos, für das der Klimawandel in anderen Regionen sorgt. Millionenfache Migration, unterbrochene Handelsrouten, unsichere Energieversorgung und immer häufigere Naturkatastrophen werden auch hier enormen Druck auf bestehende Strukturen ausüben.

DAS EHERNE ZEITALTER

Welche Strukturen unter diesem Druck kollabieren werden, ist schwer vorauszusagen, und es ist auch sinnlos zu spekulieren. Tatsächlich ist es aber möglich, sich mithilfe der Geschichte ein Bild davon zu machen, wie tiefgreifend die Auswirkungen eines Klimawandels auf eine Gesellschaft sein können, wenn man sich die Kleine Eiszeit im 17. Jahrhundert ansieht, ein globales Phänomen, das aber für Europa besonders gut erforscht ist.

Die Abkühlung um etwa zwei Grad Celsius, die gegen Mitte des 16. Jahrhunderts einsetzte (die Gründe dafür sind wissenschaftlich noch immer nicht geklärt), traf in Europa auf einen im Wesentlichen spätmittelalterlichen, feudalen Kontinent. Die Renaissance, die sogenannte Entdeckung der Neuen Welt und in geringerem Maße sogar die Reformation hatten bis dahin ihren Einfluss hauptsächlich auf eine urbane Elite ausgeübt, während der Großteil der Bevölkerung ein Leben führte, an dem sich seit Jahrhunderten recht wenig geändert hatte.

Mehr als neun Zehntel der Europäer lebten vom Getreideanbau und von lokal gewachsenem Korn. Die Abkühlung ver-

ursachte Stürme, Hagelschauer, Regenperioden, lange Winter und kühle Sommer. Ein Grad Celsius im Jahresdurchschnitt entspricht etwa zehn Tagen Vegetationsperiode. In kalten Jahren hatten die Pflanzen kaum Zeit, um reif zu werden, und der Kontinent hungerte. Zunächst reagierten die Menschen darauf mit Bittprozessionen und Gottesdiensten. Nach schlechten Ernten wurde Jagd auf Hexen gemacht, die fast immer beschuldigt wurden, das Wetter verzaubert zu haben, um die Ernte zu verderben. In den Städten kam es immer wieder zu Brotaufständen, denn Mehl wurde von Jahr zu Jahr teurer und trieb eine beharrliche Inflation an. Hungersnöte, Missernten, Seuchen und Rebellionen bestimmten das Leben zahlloser Menschen.

Auch für die politischen Machtverhältnisse war diese Klimaveränderung eine Katastrophe. Der Adel finanzierte nicht nur seinen Lebensunterhalt, sondern auch die ständig geführten Kriege aus den Steuern der Landwirtschaft, deren Erträge innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt zum Spielball des kapriziösen Wetters wurden. Aufstände und Migration aus besonders betroffenen Gebieten in die Städte spitzten die Situation weiter zu. Ein zeitgenössischer Beobachter nannte seine Zeit das »eherne Zeitalter«.

Die Kleine Eiszeit verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Klimawandel und kultureller Evolution. Gegen Ende der Kälteperiode, um 1680, hatten sich spätmittelalterliche, ständisch verfasste Gemeinwesen in frühmoderne, kapitalistische, um Märkte herum organisierte Gesellschaften verwandelt, die miteinander Handel trieben und gezielt versuchten, die eigene Wirtschaft im Wettbewerb mit anderen anzukurbeln. Besonders den Handelsstädten kam dabei eine Schlüsselrolle zu. Amsterdam, im frühen 16. Jahrhundert noch eine kleine Küstenstadt ohne wirtschaftliche oder kulturelle Bedeutung, ver-

dankte seinen rasanten Aufstieg dem Handel mit Getreide aus dem Baltikum, das während der Kleinen Eiszeit bis nach Norditalien verkauft wurde, um Ernteauffälle auszugleichen.

Die Niederländer begnügten sich aber nicht damit, zur Drehscheibe des europäischen Getreidehandels zu werden. Zumindest in den Städten waren sie offen für tiefer greifende Veränderungen. 1602 wurde die erste Börse gegründet, um große Handelsmissionen zu finanzieren. Die VOC, die im selben Jahr gegründete Vereinigte Ostindische Compagnie, organisierte und überwachte den Handel mit Übersee und wurde zum verlängerten Arm der kolonialen Ambitionen des Landes, die mit rücksichtsloser Brutalität durchgesetzt wurden.

Die Handelsherren, die oft politisch in Führungspositionen waren, verstanden aber auch, dass mit einem Volk von Bauern kein Imperium zu regieren war. Schulen wurden gegründet, Amsterdam wurde zum Zentrum des Buchdrucks, und die schon 1575 gegründete Universität Leiden war mit Montpellier die einzige Lehrstätte Europas, an der man studieren konnte, ohne einen Eid auf eine bestimmte Konfession abzulegen. So wurden die urbanen Zentren des Landes zu Anziehungspunkten für Emigranten aus ganz Europa, die im toleranten Klima der Vereinigten Provinzen leben und arbeiten konnten und gleichzeitig mit ihren Ideen und Kontroversen das intellektuelle und kulturelle Leben bereicherten.

Die Karriere des Malers Rembrandt ist ein Beispiel für das, was dadurch möglich wurde. Obwohl er der Sohn eines Müllers war und eine Generation zuvor vermutlich selbst Müller geworden wäre, wurde er auf eine Lateinschule geschickt und zu einem Maler in die Lehre gegeben, um für eine städtische, bürgerliche Klientel zu arbeiten. So wurde aus einem Land von Bauern und Heringsfischern innerhalb von wenigen Jahrzehnten eine der mächtigsten See- und Handelsmächte der Welt.

Das Gegenbeispiel zur niederländischen Erfolgsgeschichte ist Spanien, das Reich, in dem die Sonne nie unterging, das mächtigste und wohlhabendste Land Europas. Überzeugt von der eigenen Größe und der Wahrheit des eigenen Glaubens, war die herrschende Schicht gegen jede Liberalisierung, jede Veränderung. Silber und andere Edelmetalle aus den Minen Perus und anderer Kolonien kamen in riesigen Schiffsladungen und machten das Königshaus sowie den Hochadel reicher als je zuvor. Fanatisch auf den katholischen Glauben fixiert, wiesen die spanischen Könige nicht nur die Juden, sondern auch die Moriscos (Muslime) aus, die besonders stark im Mittelmeerhandel engagiert und international vernetzt waren, sie verhinderten die Eröffnung von Universitäten und Schulen, erschwerten den Buchdruck und unterdrückten alle Bestrebungen des ohnehin schwachen Bürgertums, am politischen Prozess teilzuhaben.

Dieses starre Beharren auf bestehenden Strukturen bedeutete auch, dass sich das Land in keiner Weise an ein sich änderndes Klima (hier besonders in Form von Dürre im Landesinneren) und an eine sich neu formierende internationale und wirtschaftliche Lage anpassen konnte. So führte der stete Strom von Edelmetallen letztendlich zu einer galoppierenden Inflation und ruinierte die Überbleibsel der heimischen Manufakturbetriebe für Wollstoffe und andere Exportgüter. Binnen eines Jahrhunderts erlebte das Land vier Mal einen Staatsbankrott und geriet so in eine Spirale des Niedergangs, die erst im späten 20. Jahrhundert teilweise überwunden werden konnte. Seine frühere Größe erlangte Spanien aber nicht wieder. So gesehen wirkt Don Quijote wie das personifizierte Sinnbild einer Gesellschaft, die selbst noch in einem Traum aus vergangenen Tagen gefangen ist.

Die Kleine Eiszeit zeigt deutlich, welche Länder lernten, mit

der Krise umzugehen, und welche nicht. Sie hat ein Erbe hinterlassen, das fast unvermindert noch immer wirksam ist. In der Konkurrenzsituation sich bekriegender Staaten entwickelten die Wirtschaftsberater der Herrscher Großbritanniens und Frankreichs eine neue ökonomische Doktrin, den Merkantilismus, der darauf abzielte, so viel wie möglich gewinnbringend zu exportieren und so wenig wie möglich zu importieren, so dass Waren aus dem Land hinaus- und Geld hereinfließen. Zu diesem Zweck setzten die Theoretiker explizit darauf, die Ressourcen des eigenen Reiches (inklusive seiner überseeischen Territorien und inklusive der Sklaven, Kolonialvölker und der eigenen landlosen Arbeiter) so billig und effizient wie möglich arbeiten zu lassen, um die ökonomische Leistung zu steigern und die Kriegskassen zu füllen. Es war die erste Formulierung eines Prinzips, das noch heute angewendet wird: Wirtschaftswachstum, das auf Ausbeutung beruht.

Wenngleich eine historische Analyse der Kleinen Eiszeit nur wenige Aufschlüsse über den konkreten Verlauf der nächsten 30 Jahre geben kann, so ist es doch wichtig, zwei Dinge festzuhalten. Erstens: Großer Reichtum schützte auch das mächtigste Land Europas nicht vor dem Niedergang, im Gegenteil. Der eigene Wohlstand blendete die spanische Elite und machte jeden Versuch der sozialen oder ökonomischen Transformation unmöglich, mit letztlich tragischen Konsequenzen. Zweitens: Wirtschaftswachstum, das auf Ausbeutung beruht, war das Erfolgsrezept des 17. Jahrhunderts und stand am Anfang der kohlenstoffbefeierten Industrialisierung und ihrer unerwünschten Nebeneffekte. Ihre heute sichtbaren Folgen, besonders die Erderwärmung und der dadurch bedingte Klimawandel, bedeuten, dass dieses Modell an seine Grenzen gestoßen ist. Die Ausbeutbarkeit des Planeten ist ausgereizt, wenn auch weiterhin Menschen auf ihm leben sollen.

Mag die historische Krise des 17. Jahrhunderts einige Schlüsse zulassen, so besteht doch ein grundlegender Unterschied zur heutigen Situation. Die Menschen damals begriffen nicht, dass sie in einer globalen und systemischen Klimaveränderung lebten. Die meisten von ihnen (mit Ausnahme einiger Händler und Gelehrter wie Sir Francis Bacon) sahen lange, besonders kalte Winter und Missernten als eine Kette unglücklicher, aber isolierter Ereignisse an, die mehr auf theologische als auf physikalische Zusammenhänge verwiesen.

Die heute lebenden Menschen sind die erste Generation in der Geschichte, die anhand wissenschaftlicher Projektionen und globaler Analysen eine deutliche Vorstellung davon hat, dass diese Krise nicht nur globale Auswirkungen hat, sondern auch, was die Folgen ihres Handelns sein werden. Natürlich können diese Konsequenzen nur in Modellen ausgedrückt werden, und es gibt erhebliche Differenzen bei den verschiedenen Prognosen, aber sogar die optimistischsten unter ihnen zeichnen ein Bild, dessen Auswirkungen auf Menschen und andere Organismen gravierend bis lebensbedrohlich sind.

DIE GROSSE VERSCHIEBUNG

Der Klimawandel wirkt gewissermaßen von außen auf die natürliche Welt ein und ist ein schleichender Prozess, der nur durch die immer stärkere Häufung spektakulärer Katastrophen wie Sturmfluten, Orkane, Dürren oder sintflutartige Regenfälle mediale Aufmerksamkeit erregt. Das langsame Verschwinden einer bestimmten Froschart, das langsame Vordringen der Wüste oder der millimeterweise Anstieg des Meeresspiegels liefern einfach weniger gute Bilder als zerstörte Häuser, verzweifelte Menschen, gigantische Schlammlawinen

oder Waldbrände. Gerade diese wenig spektakulären und langsamen Entwicklungen aber können auf lange Sicht wesentlich entscheidender sein als lokale Verwüstungen. Das Absterben von Plankton durch wechselnde Meerestemperaturen und übersäuerte Ozeane zum Beispiel hat Einfluss auf die gesamte Nahrungskette und damit auf das Überleben von zahlreichen maritimen Arten und Millionen von Menschen.

Diese Millionen lenken unsere Aufmerksamkeit auf einen weiteren Aspekt, der diese Entwicklungen intensivieren und beschleunigen wird. Der explosionsartige Bevölkerungsanstieg besonders in armen Ländern Afrikas südlich der Sahara, im Nahen und Mittleren Osten und in Südostasien wird in Verbindung mit der Zerstörung oder Verdrängung von Lebensraum, Trinkwasser, Ackerland und anderen Nahrungsgrundlagen zu Konflikten, Hungersnöten und Massenmigration führen.

Es ist nicht immer einfach, solche Zusammenhänge ausreichend zu belegen. So wurde eine 2015 veröffentlichte Studie vielfach kritisiert, weil sie den Krieg in Syrien mit dem Klimawandel in Verbindung brachte. Colin Kelley und seine Mitautoren argumentieren dabei sehr konservativ. Von 2006 bis 2011 herrschte eine historische Dürre in Syrien und den umliegenden Ländern, die schlimmste seit 900 Jahren. Im stark landwirtschaftlich geprägten Nordosten des Landes gingen die Niederschläge um mehr als 60 Prozent zurück, mehr als vier Fünftel des Viehs verdursteten oder mussten geschlachtet werden, der Anteil der Landwirtschaft an Syriens Bruttoinlandsprodukt ging um fast zehn Prozent zurück, und 800 000 Menschen verloren ihren Lebensunterhalt. Viele dieser Menschen zogen in die Städte, besonders nach Damaskus und Aleppo, wo sie in den Slums lebten, von denen 2011 die Unruhen ausgingen, die schließlich zum Bürgerkrieg führten.

Die Verbindung zwischen einer Jahrtausenddürre und einem

Bürgerkrieg, an dessen Ausbruch auch andere Faktoren beteiligt waren, kann nicht eindeutig hergestellt werden. Gleichzeitig ist aber unbestreitbar, dass Jahre des Hungers, in denen Hunderttausende von syrischen Landbewohnern sich von Brot und gezuckertem Tee ernähren mussten, eine Welle der Migration in die Großstädte auslösten, ohne dass dort Jobs auf die Migranten warteten. Diese Migrationswelle und die wachsende Hoffnungslosigkeit der notleidenden Bevölkerung ergaben eine Mischung, bei der ein Funke genügte, um ein ganzes Land zu zerstören. Militärplaner übrigens, die sich in ihren strategischen Szenarien keine ideologischen Scheuklappen leisten können, haben längst Pläne für Konflikte ausgearbeitet, die vom Klimawandel verursacht werden. Ein solches Papier aus dem Jahr 2015, veröffentlicht vom US-Verteidigungsministerium, formuliert lapidar:

Das Verteidigungsministerium erkennt die Realität des Klimawandels und das erhebliche Risiko, das er für die Interessen der USA global bedeutet, an. Die Nationale Sicherheitsstrategie [...] macht deutlich, dass der Klimawandel eine dringende und wachsende Bedrohung unserer nationalen Sicherheit darstellt und zur Zunahme von Naturkatastrophen, Flüchtlingsströmen und Konflikten um Ressourcen wie Nahrung und Wasser beiträgt.

Diese Auswirkungen finden bereits statt, und es wird erwartet, dass Ausmaß, Verbreitung und Intensität dieser Auswirkungen im Laufe der Zeit zunehmen werden.

Auch in Syrien hat das starke Bevölkerungswachstum (von 6,5 Millionen Einwohnern 1970 auf fast 23 Millionen 2013) einen wesentlichen Anteil am Ausbruch der Gewalt gehabt.

Bevölkerungswachstum, Klimawandel und organisierte Gewalt werden in Zukunft immer öfter als eng miteinander verwobene Probleme auftreten.

Apokalyptische Szenarien sehen eine nahe Zukunft mit katastrophalen Bevölkerungseinbrüchen durch Kriege, antibiotikaresistente Pandemien, Seuchen und Hunger in den bevölkerungsreichsten Gebieten, die oft auch zu den ärmsten der Welt gehören. Zuversichtlichere Prognosen weisen darauf hin, dass das Bevölkerungswachstum nicht linear verläuft und der Zenit der Geburtenrate bereits überschritten ist. Während die Bevölkerung des Planeten über die nächsten Jahrzehnte weiter wachsen wird, so argumentieren sie, wird der höchste Stand um 2050 erreicht sein und die Zahl der Menschen danach zumindest in den meisten Gebieten zurückgehen.

Only time will tell.

DEUS EX MACHINA

Die Serie der warmen Winter hat in Europa auch Auswirkungen auf den alpinen Wintersport und die Skigebiete, die nicht mehr jedes Jahr, nicht einmal die meisten Jahre mit ausreichend viel Schnee rechnen können. Inzwischen sichern viele Orte sich mit Schneekanonen ab, die vollautomatisch aus dem Tal per Computer gesteuert werden und zu genau kalkulierten Zeiten die perfekte Menge Kunstschnee ausbringen, ohne dass ein Mensch mehr dazu tun müsste, als einen Befehl einzugeben. In der nahen Zukunft ist durchaus vorstellbar, dass eine neue Generation von skifahrenden Robotern die Pisten bevölkert und mit perfekt errechneten Schwüngen die Kunstschneehänge hinunterwedelt. Dann ist das Werk der Menschen wirklich getan.

Immer schon haben Untergangspropheten behauptet, jede technologische Neuerung könne die Menschen ersetzen. Schon die 1920er Jahre waren voll von apokalyptischen Fantasien. Das Wort »Roboter« ist ein Kunstwort aus einem Theaterstück von Karel Čapek, in dem das Ende der Menschen beschrieben wird, die von ihren mechanischen Dienern umgebracht werden. Die Angst des Menschen vor seiner eigenen Überflüssigkeit besteht, solange es Fortschritt gibt, aber bis jetzt hat es noch immer genug Arbeit gegeben. Bis jetzt.

Der Unterschied liegt heute sowohl im Tempo als auch in der Art der Entwicklung, die die künstliche Intelligenz durchläuft und die qualitativ neue Möglichkeiten eröffnet.

Habermas Jürgen: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien in: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt am Main, 1985

Seit dem späten 18. Jahrhundert neuer Zeitgeist: Zusammenstoß von geschichtlichem und utopischem Denken.

Entstehung der Moderne: Die reflexive Vergegenwärtigung des eigenen Standorts vor dem Horizont der Geschichte bildet einen wichtigen Charakterzug modernen westlichen Denkens. Tradition und Innovation, geschichtliches und utopisches Denken verschränken sich im herrschenden „Zeitgeist“ als authentischer Gegenwart. Seit der Französischen Revolution bemisst sich die politische Öffentlichkeit durch den Anteil (sozial)utopischer Energien an ihrem Geschichtsbewusstsein. Versteht man Utopie dabei als „den Entwurf alternativer Lebensmöglichkeiten“, so muss ein politisches Denken, das dem Problemdruck der Gegenwart standhalten will, von starken utopischen Energien aufgeladen werden, deren Erwartungsüberschuss sich aber – als quasi natürliches Gegengewicht – gleichzeitig in den jeweiligen historischen Erfahrungshintergrund einbetten lassen muss.

„Heute sieht es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt.... Die Zukunft ist negativ besetzt“ (143) (Wetttrüsten, strukturelle Verarmung der Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichgewichte in den entwickelten Ländern, Probleme der Umweltbelastung, katastrophennah operierende Grosstechnologien).

Gute Gründe für das Erschöpfen utopischer Energien: Technik und Wissenschaft mit zwiespältigen Folgen (Autonomie zu Abhängigkeit, Emanzipation zu Unterdrückung, Rationalität zu Unvernunft).

Ans Ende gelangt ist eine bestimmte Form der Utopie - die Arbeitsgesellschaft:

- strukturbildende und gesellschaftsformierende Kraft der abstrakten Arbeit (146);
- Emanzipation der Arbeit von der Fremdbestimmung (145).

...“dass die Neue Unübersichtlichkeit zu einer Situation gehört, in der eine immer noch von der arbeitsgesellschaftlichen Utopie zehrende Sozialstaatsproblematik die Kraft verliert, künftige Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschliessen“ (147).

Sozialstaatsprojekt mit dem Ziel der „Humanisierung einer weiterhin fremdbestimmten Arbeit“ unter Vollbeschäftigung über sozialstaatliche Gesetzgebung und Kollektivverhandlungen.

Lage des Sozialstaats kritisch:

- Sozialstaat lässt Funktionsweise des Wirtschaftssystems unangetastet. Einfluss auf private Investitionstätigkeit nur über systemkonforme Eingriffe. Gleichzeitig rutscht ihm die gesellschaftliche Basis weg.
- Staat greift aber auch in den „Lebenskreislauf“ seiner Bürger ein. Das wurde als unproblematisch angesehen. Ist es aber nicht: „Die rechtlich-administrativen Mittel der Umsetzung sozialstaatlicher Programme stellen kein passives, gleichsam eigenschaftsloses Medium dar. Vielmehr ist mit ihnen eine Praxis der Tatbestandsvereinzelung, der Normalisierung und der Überwachung verknüpft.“ (151)

Drei Reaktionsmuster:

- Industriegesellschaftlich-sozialstaatlicher Legitimus der rechten Sozialdemokratie. „Die Legitimisten sind heute die eigentlich Konservativen“ (153) Sie führen einen Wettlauf mit der Zeit.
- Neokonservatismus: angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verbunden mit traditionalistischer Kulturpolitik (konventionelle Sittlichkeit, Patriotismus, bürgerliche Religiosität etc.). Im Aufwind.
- Dissidenz von Wachstumskritikern (Neue Soziale Bewegungen): Entkoppelung von sozialer Sicherung und Beschäftigung, garantiertes Mindesteinkommen.

Sozialstaatsprojekt soll nicht einfach festgeschrieben oder abgebrochen werden, sondern muss auf einer höheren Reflexionsstufe fortgesetzt werden. Erfordert neue Balance zwischen den drei Ressourcen Geld, Macht und Solidarität.

3 Arenen:

- politische Eliten innerhalb des Staatsapparates;
- Vielzahl anonymer Gruppe und kollektiver Akteure;
- autonome Öffentlichkeiten.

Diese 3. Arena muss mobilisiert werden.

Historische Verortung des Textes:

Als Habermas seinen Text schrieb,

- befand man sich im letzten Aufflackern des Kalten Krieges (NATO-Doppelbeschluss);
- gab es eine Welle neokonservativer und rechtsliberaler Regierungen (USA, GB, BRD);
- hatten in Europa die Vertreter der neuen Sozialen Bewegungen noch kaum Anteil an der institutionellen Macht;
- waren die Länder Osteuropas überhaupt nicht und die Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas in viel geringerem Masse in die Weltwirtschaft eingebunden;
- kam in den westlichen Industriestaaten die 3. Epoche der industriellen Entwicklung (Automation) an ihr Ende;
- hat der Reaktorunfall von Tschernobyl noch nicht stattgefunden;
- standen die gesellschaftlichen Veränderungen (Auflösung der Kleinfamilie, Heterogenität der Lebensformen) am Anfang.

Noch kaum erkennbar waren die disruptiven Veränderungen, die sich in den letzten dreissig Jahren ergeben hatten:

- globalisierte Wirtschaft;
- Dominanz der Finanzmärkte;
- massives Anwachsen des Dienstleistungssektors;
- Verbreiterung der Arbeitsmärkte durch Schaffung und Vergrößerung der Binnenmärkte (EU); Erweiterung der Freihandelsbeziehungen und verstärkte Migration;
- Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse;
- Digitalisierung wirtschaftlicher Prozesse (Industrie 4.0) und gesellschaftlicher Praktiken;
- Verschiebung geostrategischer Brennpunkte in den asiatischen Raum;
- Zunahme und Individualisierung der digitalen Kommunikation;
- neue gesellschaftliche Konfliktlinie Religion;
- Klimawandel.

Die drei Reaktionsmuster sind in ihren Grundzügen zumindest auch heute noch ablesbar, ihre Gegensätze kristallisieren sich auch heute noch rund um die Frage des Sozialstaates, grundsätzliche Alternativen (garantiertes Mindesteinkommen) finden jedoch den Eingang in die öffentliche politische Diskussion oder sogar Erprobung. Bedürfnisse neuer Lebensformen fanden Eingang in's Sozialstaatsmodell, jedoch immer unter dem Primat der Wirtschaft („Vereinbarkeit von Arbeit und Familie“).

Im Reich der Gier

Mythos Der Kapitalismus ist entzaubert und bringt uns das größte Faschismusproblem seit den Dreißigern

Yanis Varoufakis | der Freitag Ausgabe 35/2018 53 / 05.09.2018

Was im Herbst 2008 an der Wall Street geschah, hatten die allermeisten Menschen bis dahin für unmöglich gehalten, schließlich hatte man ihnen jahrelang weisgemacht, dass etwas Derartiges schlichtweg nicht passieren könnte. Es war, als ob man dabei zuguckt, wie die Sonne, kurz nachdem sie am Horizont aufgeht, komplett aus ihrer Bahn trudelt und abstürzt. Die Menschheit sah fassungslos zu.

Die alten Griechen hatten einen Begriff für Augenblicke wie diesen: *aporía* – ein Zustand vollständiger Verblüffung und Ratlosigkeit, ein dringendes Bedürfnis nach einem neuen Erklärungsmodell für die Welt, in der wir leben. Der Crash von 2008 war ein solcher Moment. Plötzlich funktionierte die Welt nicht mehr nach den Regeln, die ein paar Wochen zuvor noch als selbstverständlich durchgegangen waren.

Es dauerte nicht lange, bis die Auswirkungen überall zu spüren waren. Gewissheiten, die auf der jahrzehntealten Denke des Establishments basierten, lösten sich in Luft auf, zusammen mit Vermögenswerten in Höhe von rund 40 Billionen US-Dollar weltweit und 14 Billionen US-Dollar an Vermögen privater Haushalte allein in den USA. Dort gingen 700.000 Arbeitsplätze pro Monat verloren, unzählige Hauskäufer mussten ihr Heim wieder aufgeben, weil sie ihren Kredit nicht bezahlen konnten; die Liste ist so lang, wie die Zahlen, die sie enthält, unfassbar sind. Sogar McDonald's – wie krass ist das denn? – bekam von der Bank of America keinen Dispokredit mehr.

Diese kollektive Aporie wurde durch die Reaktion der Regierungen verstärkt, die beharrlich an neoliberaler Wirtschaftspolitik festgehalten hatten, der vielleicht letzten Ideologie des 20. Jahrhunderts: Billionen von Dollar, Euro oder Yen wurden in ein Finanzsystem gepumpt, das einige Monate zuvor noch wie am Schnürchen gelaufen war, fabelhafte Profite abgeworfen hatte und dessen Protagonisten von sich behauptet hatten, den sprichwörtlichen Topf mit Gold am Ende des Globalisierungs-Regenbogens gefunden zu haben. Als dieses Vorgehen sich als nicht ausreichend erwies, begannen unsere Premierminister und Präsidentinnen – Männer und Frauen mit tadellosen anti-etatistischen Referenzen – eine groß angelegte Verstaatlichung von Banken, Versicherungsunternehmen und Autoherstellern, die sogar Lenins Heldentaten von 1917 in den Schatten stellt.

Ein wanderndes Monster

Zehn Jahre später begleitet uns die Krise, die 2008 in der Wall Street begann, noch immer. Sie nimmt an unterschiedlichen Orten verschiedene Gestalten an, tritt in Ländern wie Griechenland als Große Depression, in Staaten wie Deutschland als Geißel von Mittelschicht-Sparern auf, als der historisch größte Verstärker von brutaler Ungleichheit in den USA oder als stete Quelle für geopolitische Spannungen und Handelsauseinandersetzungen in Asien und Osteuropa. Die Krise wandert von Kontinent zu Kontinent, von Land zu Land, erzeugt hier Arbeitslosigkeit, dort Deflation, verursacht die nächste Bankenkrise und vergrößert die weltweiten Handels- und Kapital-Ungleichgewichte.

Europas herrschende Elite hat diese Krise zu einer Reihe von lachhaften Fehlern getrieben und es so geschafft, die moralischen und politischen Grundlagen der Europäischen Union zu zerstören. Auf der anderen Seite des Atlantiks ermöglichte sie Donald Trumps Präsidentschaft. Je mehr unsere Regierenden behaupten, die Krise im Griff zu haben, umso tiefer wird sie. Die Einzigen, die von all diesen andauernden Mutationen der Krise profitieren, sind die reichsten 0,1 Prozent, vor allem die Leute im Finanzsektor, und die nationalistische Internationale, die in Europa, Amerika und darüber hinaus eine neue faschistische, grässlich ausländerfeindliche Ära prägt.

Was nur ist 2008 passiert?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir am Anfang beginnen – 1944. Als der Krieg sich dem Ende zuneigte, erkannte die New-Deal-Regierung in Washington, D. C., dass es nur einen einzigen Weg gab, wie sich eine Rückkehr der Großen Depression der 1930er verhindern ließ: Amerikas Überschüsse in Europa und Japan zu „recyclen“ und so im Ausland jene Nachfrage zu schaffen, die US-Fabriken am Laufen halten würde, um all die Waschmaschinen, Fernsehgeräte und Passagierflugzeuge zu produzieren, auf die die US-Industrie nach Kriegsende umstellen würde.

Heraus kam das Projekt der Dollarisierung Europas, der Gründung der EU als Kartell der Schwerindustrie, des Aufbaus von Japan, alles innerhalb einer globalen Währungsunion, bekannt als Bretton-Woods-System: ein auf dem Dollar basierendes System fixer Wechselkurse mit fast konstanten Zinsen; langweilige Banken, die strikten Kapitalverkehrskontrollen unterlagen; die Steuerung der Gesamtnachfrage nach den Gütern und Dienstleistungen des globalen Kapitalismus durch die USA.

Diese Anordnung der Weltwirtschaft war spektakulär, sie brachte uns ein goldenes Zeitalter mit niedriger Arbeitslosigkeit, niedriger Inflation, starkem Wachstum und deutlich sinkender Ungleichheit. Doch leider kam das Bretton-Woods-System schon in den späten 1960ern an sein Ende. Warum? Weil die USA keine Überschüsse mehr erwirtschafteten und in ein doppeltes Handels- und Haushaltsdefizit rutschten. Ohne Überschüsse konnten sie das globale System nicht mehr durch deren Recycling stabilisieren. Ohne lange zu zögern, beendeten sie ihr segensreichstes Unterfangen: Am 15. August 1971 verkündete Präsident Richard Nixon den Ausschluss Europas und Japans aus dem Dollar-Raum.

Nixons Entscheidung gründete auf einem erfrischenden Mangel an Angst vor Defiziten, wie er Amerika auszeichnet. Washington war nicht willens, die Defizite durch Sparmaßnahmen auszugleichen, denn das hätte die Fähigkeit der USA beschränkt, in aller Welt als Hegemon aufzutreten. Lieber trat Washington aufs Gas und ließ seine Defizite weiter ansteigen. Die amerikanischen Märkte funktionierten wie ein gigantischer Staubsauger, der gigantische Netto-Exporte aus Deutschland, Japan und später China aufsaugte – und damit die zweite Phase des Nachkriegswachstums – zwischen 1980 und 2008 – einleitete. Wie wurden die wachsenden US-Defizite finanziert? Mittels eines Tsunamis aus dem Geld anderer Leute: Rund 70 Prozent der Profite europäischer, japanischer und chinesischer Netto-Exporteure strömten begeistert an die Wall Street und suchten dort Zuflucht und höheren Profit.

Tatsächlich fiel so in den 1970ern der Startschuss für einen „globalen Überschuss-Recycling-Mechanismus“ (an anderer Stelle habe ich ihn mit einem globalen „Minotaurus“ verglichen): Die USA absorbierten einen großen Anteil der industriellen Warenüberschüsse aus dem Rest der Welt, während die Wall Street das Kapital, das in die USA strömte, auf drei verschiedene Weisen nutzte. Zum einen ermöglichte sie Kredite an US-Verbraucher, deren Gehälter und Löhne als Folge desselben Prozesses stagnierten, der die US-Profite hochtrieb und die Wall Street für ausländisches Kapital lukrativer machte als Europa oder Japan. Zweitens

wurden Direktinvestitionen in US-Unternehmen gelenkt und drittens der Kauf von US-Staatsanleihen gefördert, was für die Finanzierung der amerikanischen Haushaltsdefizite sorgte.

Unsägliche Einfalt

Aber damit die Wall Street als derartiger Magnet für das Kapital anderer Leute funktionieren, die Überschüsse anderer recyceln und so Amerikas Defizite ausgleichen konnte, musste sie von den strengen Regulierungen der New-Deal- und Bretton-Woods-Ära abgekoppelt werden. Institutionalisierte Gier, Deregulierung im großen Stil, exotische Derivate und so fort waren nur Symptome dieses schönen neuen globalen Recycling-Mechanismus.

Vorhang auf für die Finanzialisierung! Europas Finanzzentren machten mit großem Enthusiasmus mit, und nach 1991 stießen zwei Milliarden Arbeiter aus der früheren Sowjetunion, China und Indien zum globalen Proletariat hinzu, um jenen neuen Output zu produzieren, der die einseitigen Handelsströme weiter verstärkte – voilà, die Globalisierung hatte begonnen!

In ihrem Fahrwasser schuf die EU ihre gemeinsame Währung. Die brauchte sie, weil sie, wie alle Kartelle, die Preise der wichtigsten industriellen Oligopole im europäischen Binnenmarkt stabil halten wollte. Dafür war es notwendig, die Wechselkurse wie während der Bretton-Woods-Ära zu stabilisieren. Nun war aber zwischen 1972 und den frühen 1990ern jeder Versuch, europäische Wechselkurse zu fixieren, kläglich gescheitert. Also beschloss die EU, aufs Ganze zu gehen und eine gemeinsame Währung einzuführen. Das tat sie innerhalb jenes günstigen Umfelds von zeitweise beeindruckender globaler Stabilität, das der „globale Überschuss-Recycling-Mechanismus“ stützte, das aber in Wahrheit mit großen Ungleichgewichten einherging. Leider schuf die EU in ihrer unsäglichen Einfalt den Euro auf Basis eines Paradoxons, das man sich auf der Zunge zergehen lassen muss: eine Zentralbank, hinter der keine sie stützende Regierung steht, sowie 19 Regierungen ohne Zentralbank, die sie stützen könnte. Die EZB versorgte also die Banken von 19 Ländern mit einer gemeinsamen Währung, deren Regierungen in einer Krise dieselben Banken retten müssten, ohne eine Zentralbank zu haben, die sie unterstützt!

Unterdessen nutzten die Wall Street, die Londoner City sowie die französischen und deutschen Banken ihre zentrale Position im US-gestützten globalen Recycling-System, um aus den Nettogewinnen, die aus dem Rest der Welt in die USA flossen, kolossale Kartenhäuser aus privatem Kapital zu bauen. Das förderte das Recycling-Modell, da es eine immer schneller steigende Nachfrage in den USA, in Europa und in Asien befeuerte. Und es führte zur Abkopplung der Finanzkapitalströme von den zugrunde liegenden Handelsströmen.

Als die Privatgeld-Kartenhäuser der Wall Street 2008 wie von selbst zusammenfielen, konnte die Wall Street den globalen Recycling-Kreislauf nicht mehr „schließen“. Amerikas Banken konnten die Zwillingdefizite der USA, das Außenhandels- und das Haushaltsdefizit, nicht länger dafür nutzen, genug Nachfrage innerhalb der USA zu erzeugen und damit die Netto-Exporte des Rests der Welt zu stützen. Zudem hatten die Schockwellen, mangels Stoßdämpfer, der gemeinsamen Währung, dem Euro, ordentlich zugesetzt.

Seit diesem finsternen Moment ist es der Weltwirtschaft – und im Besonderen der europäischen Wirtschaft – nicht gelungen, sich aufzurappeln und zu einer wie auch immer gearteten Normalität zurückzukehren.

Womit wir es seitdem zu tun haben, ist schnell gesagt: Sozialismus für Banker, Austerität für die Massen und der unaufhaltsame Aufstieg der nationalistischen Internationalen.



Yanis Varoufakis Foto: Matthew Lloyd/Bloomberg/Getty Images

Die meisten meiner deutschen Freunde können es bis heute nicht verstehen: Wie konnte es passieren, dass die Deutsche Bank und der Rest der deutschen Banken 2008 praktisch pleitegingen? Wie kann eine Branche innerhalb von 24 Stunden vom Jonglieren mit Milliarden in die Insolvenz abstürzen, sodass die Steuerzahler sie retten müssen? Die Antwort ist so einfach wie niederschmetternd.

Nehmen wir die deutschen Banken und Exporteure im Sommer 2007: Deutschlands volkswirtschaftliche Gesamtrechnung weist einen großen Überschuss im Handel mit den USA aus. Genauer gesagt, liegt Deutschlands Export-Einkommen durch den Verkauf von Mercedes-Benz-Autos und ähnlichen Waren an amerikanische Verbraucher im August 2007 bei entspannten fünf Milliarden Dollar. Was die deutsche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aber nicht zeigt, ist das wahre Drama hinter den Kulissen: das, was wirklich vor sich ging.

Zwischen Anfang der 1990er und 2007 hatten Wall-Street-Banker Unmengen toxischer Quasi-Geld-Derivate zusammengeschustert und es geschafft, dass deren Marktpreise stark anstiegen. Die Banker in Frankfurt am Main wiederum waren scharf darauf, diese lukrativen Derivate zu kaufen. Sie taten das mit Dollars, die sie sich dafür ausliehen, und zwar von – der Wall Street.

Im August 2007 dann begann das Horrorjahr der Wall Street, das im September 2008 mit der Lehman-Pleite seinen Höhepunkt erreichte. Wie es unvermeidlich gewesen war, begann der Preis der Derivate zu fallen. Die deutschen Banker traf der Schlag, als ihre in Panik verfallenen New Yorker Kollegen ihre Dollarschulden

ezintreiben beganen. Die deutschen Banker brauchten sehr schnell Dollars, aber niemand wollte den Berg an toxischen US-Derivaten, den sie gekauft hatten, haben.

Die Hetze der Elite

Das ist der Grund dafür, dass die deutschen Banken, die auf dem Papier über Gewinne im Überfluss verfügten, von einem Augenblick zum anderen dringend Geld in einer Währung benötigten, die sie nicht besaßen. Hätten sie nicht US-Dollars von Deutschlands Exporteuren leihen können, um ihre Dollar-Obligationen zu erfüllen?

Sicher, nur reichte das bei Weitem nicht aus: Was konnten die fünf Milliarden US-Dollar aus Exporten im August helfen, wo die Außenstände der deutschen Banker bei der Wall Street doch mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar betrugten?

Man könnte das, was hier im globalen Maßstab vor sich ging, so zusammenfassen: Einseitigen, in US-Dollar denominierten Finanzströmen, die ursprünglich aufgrund des US-Handelsdefizits gewachsen waren, „gelang“ es, sich von den sie ermöglichenden wirtschaftlichen Werten und Handelsvolumen zu lösen. Die Banker hatten toxische, in US-Dollar notierte Papiere erfunden und diese dann in ihre eigenen Bilanzen geschrieben. Dieses Vorgehen beschleunigten sie derart, dass sie die Schwerkraft fast schon überwunden hatten und ins All hochgeschossen waren – nur um 2008 dann dramatisch abzustürzen.

Von diesem Augenblick an setzten die Politiker alles daran, die Verluste von den Verursachern, den Bankern, auf unschuldige Dritte abzuwälzen: Mittelschicht-Schuldner, lohnabhängige Arbeiter und Angestellte, Erwerbslose, Menschen mit Behinderung und Steuerzahler, die es sich nicht leisten konnten, Depots in Steueroasen zu unterhalten. Vor allem in Europa wurde ein Land gegen das andere aufgehetzt – und zwar von politischen Eliten, die entschlossen waren, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Aus einer von Bankern in Nord und Süd verursachten Krise machten sie einen Konflikt zwischen arbeitsscheuen Südländern und hart arbeitenden Nordeuropauern, oder eine Krise von angeblich allzu großzügigen Wohlfahrtssystemen in Deutschland, Italien oder Griechenland. Man muss kein Genie sein, um die Puzzleteile zusammensetzen und zu verstehen, warum – angesichts des Fehlens einer ernsthaften, wirkungsvollen, mit einer Stimme sprechenden Linken – in den USA und vor allem in Europa Nationalismus, Rassismus und eine allgemeine Menschenfeindlichkeit triumphieren.

1967 beschrieb der konom John Kenneth Galbraith, wie der Kapitalismus sich von einer Marktgesellschaft in ein hierarchisches System verwandelt hatte, das von einem Unternehmens-Kartell kontrolliert wurde: der „Technostruktur“, wie er das nannte. Von einer globalen Elite angeführt, die Märkte an sich riss, Preise festsetzte und die Nachfrage kontrollierte, ersetzte die Technostruktur das Ziel des New Deal – Vollbeschäftigung – durch das eines wachsenden Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Seit Ende der 1970er erweiterte die Technostruktur ihren Machtbereich, indem sie sich die schwarze Magie der Finanzialisierung einverleibte. Ein Beispiel dafür ist die Umwandlung von Autoherstellern wie General Motors in große spekulative Finanzunternehmen, die nebenbei auch noch ein paar Autos produzieren. Damit vergrößerte die Technostruktur ihre Macht um einen schwindelerregenden Faktor und ersetzte schließlich das Ziel des BIP-Wachstums durch „finanzielle Resilienz“: anhaltende Vermögenszuwächse für die wenigen und dauerhafte Sparpolitik für die vielen.

Dies stärkte die auf dem Dollar beruhende Hegemonie der Technostruktur in einem Ausmaß, wie es kein makroökonomischer Ansatz nachvollziehen kann, weil sich Makroökonomie per se auf die Volkswirtschaft von Staaten beschränkt – das eigentliche Geschehen hingegen fand seit den 1990er Jahren in den Bilanzen globaler Finanziers statt.

Am Ende gerieten Finanzialisierung und Technostruktur wegen des Ausmaßes ihrer eigenen Hybris an den Rand des Untergangs. Zwei Mächte gingen daran, das ganze Konglomerat vor sich selbst zu retten: zum einen die US-Regierung und vor allem die Billionen von Dollar, die die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) durch im Branchenjargon *swap lines* genannte währungspolitische Abkommen in europäische Privat- und Zentralbanken pumpt. Zum anderen intervenierte China, dessen kluges Wirtschaftsmanagement für Inlandsinvestitionen von nie dagewesenem Ausmaß sorgte; China behielt wertlose Dollar-Vermögenswerte, die viele andere abstießen, und ging sogar so weit, eine multilaterale Clearing-Union anzuregen, wie sie John Maynard Keynes auf der Bretton-Woods-Konferenz 1944 vorgeschlagen hatte und wie sie Handelsungleichgewichte auszugleichen vermag. Doch die US-Regierung unter Barack Obama lehnte Chinas Vorschlag ab. Sie zog es vor, das Privileg des Dollars nicht anzutasten und dafür einen höchst instabilen Kapitalismus in Kauf zu nehmen.

Wir müssen uns wehren

Während die Technostruktur von zwei Regierungen, der der USA und der Chinas, gerettet wurde, machten die Herrschenden alles Mögliche für die Krise verantwortlich: die Kosten der Sozialstaatssysteme, zu hohe Löhne, vermeintlich zu starre Arbeitsmärkte oder Gewerkschaften, die noch gegen die weitere Prekarisierung von Arbeiterinnen und Arbeitern kämpften. Jene selbstzerstörerische Sparpolitik kolossalen Ausmaßes, für die die Regierenden verantwortlich zeichneten, brachte vermeidbares massenhaftes Leid und Unrecht mit sich.

Jene brandgefährliche Fantasie von einer apolitischen Wirtschaftspolitik verhüllt bis heute den Klassenkampf, mit dem das Establishment alle Risiken und Verluste auf die Schwachen abwälzt und von ihnen verlangt, sich „in das Unvermeidliche zu ergeben“. Weil eine progressive internationalistische Alternative fehlt, treiben die Mächtigen jener Technostruktur ganze Bevölkerungen in die offenen Arme eines postmodernen Faschismus.

Zehn Jahre nach dem Kollaps von Lehman Brothers und jenem Moment der *aporía* hält sich die Technostruktur immer noch an den Schalthebeln der Macht. Aber der neoliberale populistische Mythos, auf den sie sich bezog, um konsensfähig zu sein, der ist am Ende – so etwa die Vorstellung, in einer vollkommen deregulierten Wirtschaft könnten die Wünsche aller auf demokratischem Wege in Erfüllung gehen.

Überrascht es da, dass Rassismus und geopolitische Spannungen in aller Welt überhandnehmen? War es nicht unvermeidlich, wie manche bereits seit 2008 warnten, dass eine nationalistische Internationale an Zustimmung gewinnen würde? Dass ihre xenophoben Parolen an die Macht gelangen würden, im Weißen Haus, in Italien, Österreich, Polen, Ungarn, in den Niederlanden und vielleicht bald auch in Deutschland, sobald Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Seite geräumt worden ist?

Wir sind an einem Punkt angelangt, der für unsere Generation den 1930er Jahren entspricht – kurz nach dem Crash, im Angesicht eines faschistischen Momentums. Die für diese Generation drängende Frage ist hart. Aber auch wenn kein junger Mensch es verdient hat, mit solch einer harten Frage konfrontiert zu werden, so haben wir alle doch kein Recht, uns ihrer Beantwortung zu entziehen: Wann und wie werden wir

gegen die nationalistische Internationale aufstehen, die im gesamten Westen durch den hirnverbrannten Umgang der Technostruktur mit ihrer unvermeidlichen Krise entstanden ist?

Yanis Varoufakis ist Mitgründer der Bewegung DiEM25 und will in Griechenland, wo er 2015 Finanzminister war, demnächst mit der Partei MeRA25 antreten. Varoufakis ist Ökonom und hat unter anderem die Bücher *Der globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft* und zuletzt *Die g...*

Und was rettet die SPD?

Die SPD braucht einen Neubeginn, gutes Regieren allein wird ihr nicht helfen. Um wieder erfolgreich zu sein, muss die Partei radikaler werden.

Ein Gastbeitrag von Sigmar Gabriel

30. Oktober 2018 DIE ZEIT Nr. 45/2018, 31. Oktober 2018



© Kai Pfaffenbach/Reuters

Die Landtagswahl in Hessen hat den handfesten Aufstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die Politik der großen Koalition in Berlin fortgesetzt. Anders kann man die dramatischen Verluste von CDU, CSU und SPD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen nicht interpretieren, bei denen den drei Koalitionsparteien ein Drittel der Wähler von der Fahne ging, die sie dort 2013 hatten.

Wir erinnern uns: Als der letzte SPD-Kanzler Gerhard Schröder 2005 in vergleichbarer Lage war, führte er Neuwahlen herbei und gab das Mandat zur Regierungsbildung an die Bürgerinnen und Bürger zurück. In einem fulminanten Wahlkampf errang er viel Vertrauen zurück und verlor mit wenigen Tausend Stimmen seine Kanzlerschaft. Das war damals bitter für die SPD, aber mutig und ein Dienst am Land, wie wir mittlerweile wissen. Heute dagegen sind wir eine blockierte Republik: Eine andere Koalitionsregierung wird von den denkbaren Partnern FDP und Grüne derzeit ausgeschlossen. Die FDP will keine Kanzlerin Angela Merkel, und die Grünen wollen ihren "Jahrhundertherbst" erst noch etwas genießen, bevor sie sich den Mühen und erwartbaren Ernüchterungen im Regierungshandeln wieder stellen.

Neuwahlen stehen auch deshalb nicht an, weil das Bundesverfassungsgericht die Hürden dafür höher gesetzt hat und – bei allen Unterschieden – alle Beteiligten eines eint: die Angst vor dem Erstarken der rechtspopulistischen AfD. Wahrscheinlich ist Angela Merkels Verzicht auf den Vorsitz der CDU deshalb nur der erste Schritt, um am Ende den Weg zu einer "Jamaika-Koalition" von CDU/CSU, FDP und Grünen durch die Aufgabe auch des Kanzleramtes frei zu machen. Spätestens nach der Europawahl im Mai 2019 dürfte das der Fall sein. Angela Merkel weiß, was sie ihrer CDU schuldet.

Was heißt das alles für die SPD, die jetzt darauf setzen will, getroffene Verabredungen aus der Koalitionsvereinbarung umzusetzen, um damit das Profil der Bundesregierung und auch ihr eigenes zu schärfen? Diese Strategie ist gewiss richtig, denn einfach aus Angst vor den Wählern kopflos aus der Regierung davonzulaufen würde die SPD nicht stärker machen, sondern sie den letzten Respekt bei ihren Wählern kosten. Anders als 2005 mit Gerhard Schröder als Kanzler fehlt ihr zurzeit eine durchschlagende Idee von Deutschlands Gegenwart und Zukunft. Ebenso fehlt ihr eine Person, die einen ähnlich fulminanten Wahlkampf wie damals führen könnte. Neuwahlen bedeuten für die SPD eine existenzielle Gefahr, nicht so sehr für die anderen Parteien und schon gar nicht für die Republik. Auch das gehört ins Kalkül und ist für sich genommen nicht ehrenrührig.

Die Lage für die SPD ist vertrackt: Während die CDU sich durch den Wechsel an der Spitze nach 18 Jahren auf den Weg der personellen und programmatischen Erneuerung macht, muss bei der SPD vorerst alles beim Alten bleiben. Die Regierung stabil halten, um dem politischen Wettbewerber die Zeit zu verschaffen, sich zu erneuern, um danach wahrscheinlich auch noch als Koalitionspartner ausgetauscht zu werden: Das ist so ziemlich die undankbarste und unbequemste Situation, in die man in der Politik geraten kann. Aber vielleicht ist dieser Zeitpuffer auch eine Chance zu einer wirklichen Erneuerung.

Was kann die SPD also tun? Was aktuell fehlt, ist ein sozialdemokratischer Entwurf für unsere deutsche und die europäische Gesellschaft, der sich von dem anderer Parteien klar unterscheidet und zugleich wieder Hoffnung auf ein besseres Zusammenleben und Miteinander aufkommen lässt. Heute geht es der SPD wie den Vollsortimentern im Lebensmitteleinzelhandel. Du weißt als Kunde nicht mehr, ob du bei Rewe, Edeka oder im Real bist. Alle bieten das Gleiche an. Das Öko-Produkt ebenso wie die billige Wurst. Nur die Regale stehen ein bisschen anders.

Wir müssen den Menschen wieder zuhören

Klar ist: Ein Neubeginn muss wirklich umfassend sein. Es geht darum, wieder zu sagen, wie wir leben wollen, und nicht nur, wie wir angeblich leben müssen. Denn in einer Welt voller Furcht vor dem Morgen ist für die SPD jedenfalls kein Platz. Sie lebt vom Hoffnungsüberschuss und von der Gewissheit, dass ein besseres Leben möglich ist. Das alles im Sinn eines radikalen Realismus. Radikal in der Kritik und beim Infragestellen der real existierenden Lebensumstände. Und radikal in der Beschreibung der Alternative. Mit dem Mut, das Utopische wieder ins Reale holen zu wollen. Utopie nicht als der "Ort Nirgendwo", sondern als "Noch-Nirgendwo".

Die Fragen, die es zu beantworten gilt, finden sich gerade nicht im Koalitionsvertrag wieder: Wie schafft man in Zeiten der Digitalisierung wieder einen emanzipatorischen Sozialstaat, der die Produktivitätsgewinne auch dazu nutzt, Arbeiten und Leben besser zu vereinbaren? Gibt es endlich die Mindestrente, die nach 40 Jahren Vollzeitarbeit mehr bietet als ein Grundeinkommen und mit wenigstens 1000 Euro wirklich vor Altersarmut schützt? Wie entscheidet sich die Regierung in Fragen der europäischen Einigung, ist sie für oder gegen die Vorschläge des französischen Präsidenten? Ist Deutschland bereit, dabei zu helfen, dem Kapitalismus in Europa Fesseln anzulegen und ihn sozial zu zähmen, weil wir es national nicht mehr allein können? Oder verlieren wir uns weiter in Bankenrettung, Binnenmarktlogik und Nettozahlerdebatten? Soll nur der Verteidigungsetat gesteigert werden oder auch die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika? Wird Deutschland zur Stimme gegen den neuen atomaren Rüstungswettlauf, oder leisten wir den USA dabei Gefolgschaft? Stehen wir zu unseren Klimazielen, oder fordern wir nur andere auf, ihre Regenwälder nicht abzuholzen, während wir einen uralten Wald für die Braunkohleverstromung preisgeben?

Es gibt also reichlich Anlass für einen sozialdemokratisch geprägten radikalen Realismus. Die Antworten darauf bieten eine doppelte Chance: Profilbildung innerhalb der Regierung und ein Angebot für denkbare Neuwahlen.

Ein programmatischer Neubeginn wird aber allein nicht reichen, denn die Programme der Parteien kennt kaum noch jemand im Einzelnen. Es geht heute mehr denn je um eine Kultur des Vertrauens. Und die zu schaffen braucht Zeit. Mindestens ebenso wichtig ist daher ein kultureller und habituellem Neubeginn innerhalb der SPD. Vor allen inhaltlichen Fragen steht etwas anderes, was man nicht programmatisch verordnen, ja nicht einmal entwickeln kann, weil es unser Verhalten betrifft: emotionale Bürgernähe, politisch kommunikative Überzeugungskraft, strategisches Vermögen und vor allem die Lust daran, Menschen die fundamentalen Umbrüche in der Welt zu erklären.

Das Erfolgsrezept der Grünen ist einfach: Sie haben gelernt, die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zu bevormunden. Sie werben einfach für sich und ihre Ziele und beschimpfen nicht ständig den politischen Wettbewerber. Sie lächeln dabei und sind freundlich einnehmend. Ihr neues Führungsduo repetiert eine Leitidee von Nachhaltigkeit, eine klare Weltoffenheit und behauptet eine soziale Empathie, ohne groß ins Detail zu gehen. Wir dagegen schauen oft ernst drein, in der Hoffnung, dass wir dadurch ernst genommen werden. Es gilt aber auch für die Politik das chinesische Sprichwort: Wer einen Laden aufmachen will, muss lächeln können.

Wir müssen die Menschen vor Ort, in ihren Lebenszusammenhängen aufsuchen, wieder mit ihnen reden, ihre Probleme anhören, sie ermutigen und helfen, wo man kann. Vor allem auch sie loben, ihnen danken und deutlich machen, dass wir wissen, wer dieses Land wirtschaftlich erfolgreich und sozial sicher macht. Nur wenn wir uns der Tugend besinnen, wieder für etwas beherzt und mit politischer Seele zu werben, gewinnen wir die Zustimmung und das Vertrauen von vielen. Dafür brauchen wir mehr Vielfalt und Alltagserfahrung in den Entscheidungsgremien der Partei. Wie wäre es denn, wenn alle Vorstände bis hinauf zum Bundesvorstand immer mindestens zur Hälfte mit Ehrenamtlichen und mit Kommunalpolitikern besetzt werden müssten und damit der Anteil der hauptamtlichen Mandatsträger begrenzt würde? Ein Zugewinn an Alltagswissen und Nähe wäre uns gewiss. Wir wirken manchmal hermetisch verschlossen, kühl und wecken bei den Bürgerinnen und Bürgern kaum Begeisterung für Politik. Wie wäre es, wenn wir, wie die Franzosen oder Amerikaner, denen, die sich zu uns bekennen, auch das Recht einräumen, bei der Auswahl unserer Spitzenkandidaten mitzuzentscheiden? Wie wäre es, wenn wir Parteilose auch auf die Bundes- und Landeslisten aufnehmen, wenn sie uns damit klüger, offener und interessanter machen? Mit hundert jungen Influencern, die Tag und Nacht die sozialen Netzwerke bedienen, wären wir besser aufgestellt als mit einer doppelt so hohen Zahl von Mitarbeitern, die nur die Gruppeninteressen innerhalb der SPD austarieren und verwalten. Die SPD ist heute mehr eine Holding für eine schier unübersehbare Zahl von Gruppen und Grüppchen, von denen jedes sein Spezialinteresse absolut zu setzen versucht. Nicht nur die Gesellschaft hat sich in unterschiedliche Identitäten aufgelöst und partiell tribalisiert, auch die SPD ist diesem Trend viel zu lange gefolgt.

Mehr Zuversicht ausstrahlen

Das alles wird viel Zeit und Mühe kosten! Vieles davon ist auch schon einmal begonnen und dann wieder abgebrochen worden. Auch in meiner Zeit als Vorsitzender. Nicht nur die heutige Führungsgeneration trägt Verantwortung, sondern viele von uns tragen sie. Die Probleme der Sozialdemokratie haben nicht gerade erst begonnen, sondern sind viel älter. Wir haben das gewusst oder geahnt und doch aus Angst vor zu großen Brüchen die notwendigen Veränderungen nicht oder zu zaghaft in Angriff genommen. Das darf uns nicht wieder passieren.

Ich bin überzeugt: Die Inhalte sind im Augenblick eher Nebensache, denn alles Reden und gutes Regieren in der Koalition in Sachen Rente, Mieten, Pflege, Vollzeit, Arbeit, Weiterbildung, Schule, Kitas haben der Sozialdemokratie leider nicht geholfen. Geld für das Richtige zu investieren ist eine notwendige Bedingung für unsere Politik – aber keine hinreichende. Wir sind in einer Zeit der großen Identitätssuche, aber auch neuer Präsentations- und Ausdrucksformen – anders kann man die Leidenschaft, mit der sich so viele Menschen Tattoos in die Haut stechen lassen, kaum erklären. Menschen wollen beachtet werden, Anerkennung, Zuwendung und Respekt erhalten – und das ist harte, leidenschaftliche Arbeit.

Das ist im Übrigen das Geheimnis jeder Politik. Geld verteilen können zur Not auch seelenlose Technokraten. Den Umgang mit Menschen schätzen lernen, das können sie nicht. Das aber ist der liberale und soziale Kern der Sozialdemokratie seit über 150 Jahren. Ihn wiederzuentdecken und neu aufzuladen sollte uns gelingen. Denn kämpfen können wir. Wir müssen dabei nur wieder mehr Zuversicht ausstrahlen. Dass uns Politik Spaß macht, auch wenn es anstrengt!

Die SPD muss den Kampf um die demokratische soziale Mitte aufnehmen. Wenn die FDP und die Grünen die Parteien der Besserverdiener sind, sind wir Sozialdemokraten die Partei derjenigen, die mehr verdienen wollen, weil sie mehr verdient haben. Denn sie sind die wirtschaftlichen und sozialen Leistungsträger dieses Landes. Dass ohne sie dieses Land eine seelenlose Wüste wäre, liegt an ihrer tatkräftigen Mitmenschlichkeit. Wer außer der SPD ist prädestiniert, dies den Menschen zu vermitteln?

Die SPD hat natürlich die Chance, wieder ein bestimmender Faktor der deutschen Politik zu werden. Wenngleich kaum ein sozialdemokratischer Stein auf dem anderen geblieben ist: Das neue Haus hat ein gutes Fundament. Es ist eine Idee, die sogar die Diktaturen der Nazis und der Kommunisten überdauert hat: die Idee der Freiheit. Nicht nur Freiheit von Hunger, Unterdrückung und Elend. Sondern vor allem die Idee der Freiheit für ein selbstbestimmtes und gelungenes Leben. Das gelungene Leben muss jeder selbst führen, das kann keine Partei und kein Staat übernehmen. Aber dass Bedingungen herrschen, in denen jedes Leben prinzipiell gelingen kann und nicht von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder dem Einkommen und den Beziehungen der Eltern abhängt, dafür steht sozialdemokratische Politik.

Zukunft braucht zuerst Mut und Lust auf Neues. Diesen Mut muss die SPD wieder ausstrahlen. Das kann gelingen. Denn: "Meine" SPD als Partei der sozialen Demokratie hat immer noch genug Substanz, um das zu leisten. Ohne die Ideen der sozialen Demokratie verliert unser Land seine Mitte, seine Balance, seine Hoffnung auf ein besseres Leben für alle. Das wissen auch diejenigen, die sich im Moment von uns abwenden. Aber sie sind erreichbar, wenn wir es ernst meinen und sichtbar aus Fehlern lernen. Deshalb: Nur Mut, Genossinnen und Genossen, für einen echten Neubeginn.

SIGMAR GABRIEL

war von 2009 bis 2017 Vorsitzender der SPD. Aktuell arbeitet er als Autor für die Medien der Verlagsgruppe Dieter von Holtzbrinck, die auch an der ZEIT beteiligt ist

Philipp Blom: Was auf dem Spiel steht, München 2017

Zusammenfassung der Einleitung und erstes Kapitel (Klimaerwärmung), S. 13-42

Einleitung

Klimaerwärmung, Digitalisierung und Konsum bedrohen unser Leben, unsere Gesellschaft und die Natur.

Die Gegenwart ist schwierig aus der eigenen Zeit zu interpretieren, deshalb das

Gedankenexperiment: Wie sieht eine Historikern in 50 Jahren das frühe 21. Jahrhundert?

- Die Erderwärmung ist wissenschaftlich erfasst, aber die damaligen Gesellschaften reagierten nur zögerlich auf diese Veränderung.
- Die Digitalisierung hatte begonnen in die Wirtschaft, in die sozialen Strukturen und politischen Machtgefüge einzugreifen. Auch dies hatte kaum Reaktionen zur Folge.

Folgerung: Alles drehte sich „um die Verwaltung von Erwartungshaltungen und die Verteidigung von Privilegien“, die Zukunft war „ausgesperrt“ worden.

Weshalb wurde / wird nicht gehandelt?

Aus Sicht der reichen Länder ist Veränderung Verschlechterung. Sie wollen die Gegenwart erhalten und keine (schlechte) Zukunft. Kaum jemand hat noch Utopien einer besseren Zukunft.

Meist wird die Zukunft als verzweifelt und trostlos wahrgenommen, mit Krisen, Migration, Klimawandel, Terror, etc. (= Dystopie). Kaum jemand in der reichen Welt glaubt noch, dass es den eigenen Kindern einst besser gehen wird. Deshalb ist es das höchste Ziel, den Status Quo zu erhalten. Wir haben das Gefühl, dass wir die Kontrolle verlieren. Flüchtlingsströme wegen Klimawandel, Jobverluste durch Digitalisierung, Unsicherheit -> führt zu Festhalten an dem was wir kennen.

Ist der Erhalt des Status quo das Beste, worauf wir hoffen können? Gibt es keine anderen Erwartungen an die Zukunft?, fragt Blom.

Die Zukunftslosigkeit betrifft die Gesellschaften des Westens, die viel zu verlieren haben. Menschen im Westen wollen zurück in eine bessere Vergangenheit, Mauern bauen, Sicherheit. In Südostasien z.B. herrscht noch Aufbruchstimmung.

Exkurs: Wie ist Geschichte entstanden? Es hat eine gewisse Logik, so Blom, zu glauben, die jetzige Welt ist so, weil es so kommen musste. Alter Kreislauf von der Blüte zur Dekadenz. Oder unsere Gesellschaften sind aus Zufällen, Improvisationen, Missverständnissen, Einzelpersonen so entstanden [Anm. gh: weder noch].

Der Gedanke, dass alles ist, wie es ist und nicht anders sein könnte, lässt Nachdenken über Alternativen erstarren.

Aber es könnte tatsächlich alles anders sein. Nichts an der gegenwärtigen Situation ist natürlich oder notwendig so, nicht Demokratie, Menschenrechte, Klimawandel, Digitalisierung, Lebensstandard, Neoliberalismus.

Vergleich der Menschheit mit Hefekulturen: Beide fressen sich ungebremst durch natürliche Ressourcen bis sie ersticken. Der Mensch im Kollektiv zeigt sich nicht lernfähiger als diese Einzeller.

Überlegungen zum Klimawandel

So viel ist in den letzten Jahren passiert, was man nicht für möglich gehalten hätte, dass es geboten ist, zu begreifen, dass vieles politisch, ökonomisch und kulturell möglich ist – „ein Horizont der existenziellen Bedrohung und der historischen Chance“.

Exkurs zur Energie und der Geschichte der Arbeit:

Die menschliche Arbeitskraft wird teurer und z.T. ersetzt durch produktivere Maschinen, angetrieben mit Kohle, dann mit Erdöl. Führt zu mehr CO2 in der Luft. Arbeit, wirtschaftliche Entwicklung und

neue Technologien führen auch zu Handelsbeziehungen, die ihrerseits Toleranz verlangen zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen, Alteingesessenen und Immigranten.

Blom formuliert ein düsteres Zukunftsszenario als Folge der Klimaerwärmung: steigender Meeresspiegel, extreme Wetter, Artensterben, Kampf um Trinkwasser, Flüchtlingsströme, Mega-Metropolen, Pandemien, Terrorismus, politische Erschütterungen, Instabilitäten. Die Auswirkungen sind je nach Region unterschiedlich, betreffen aber auch Westeuropa (Wetter, Migration)

Exkurs zur Kleinen Eiszeit im 17. Jahrhundert in Europa:

Die 2 Grad weniger hatten grosse Auswirkungen: Missernten, Hunger, Seuchen, Rebellionen, fehlende Steuereinnahmen. Entwicklung von der ständischen Ordnung zu kapitalistischen Märkten, Förderung von Handel und Wettbewerb, Merkantilismus (möglichst viel mit Gewinn exportieren und wenig importieren).

Länder haben sich unterschiedlich verhalten und angepasst. Holland wurde See- und Handelsmacht. Börse, Schulen und Universitäten, Buchdruck, intellektuelle Immigranten, gutes Klima für Ideen und Kultur. Gegenbeispiel ist das katholische Spanien, dessen Elite von den Edelmetallen aus Südamerika lebte. Keine Universitäten, schwaches Bürgertum, vertrieb handelnde Juden und Moslems. Fehlende Anpassung führte zu Wirtschaftskrisen, Staatsbankrotten und Niedergang bis in die zweite Hälfte des 20. Jh. Lehre daraus: Grosser Reichtum schützt nicht vor Niedergang. Wirtschaftswachstum, das auf Ausbeutung von Menschen und Ressourcen beruht, war das Erfolgsrezept des 17.Jh. [Anm. gh: Gewicht des Faktors Kleine Eiszeit an der Entwicklung?]

These: Sogar der Syrienkrieg war eine Folge von Klimawandel, bzw. Dürre, Krise, Binnenmigration. Für Blom ist klar, dass das Ausmass und die Intensität der Auswirkungen der Klimaveränderung zunehmen werden. Unklar ist für ihn, wie die Zukunft aussehen wird. Apokalyptische Szenarien oder überlebende Auswirkungen und ein Bevölkerungswachstum, das nach 2050 wieder zurückgeht.

Fragen in Bezug auf Utopien:

Verhindert die Aussicht auf eine schlimme Zukunft tatsächlich Utopien und entsprechendes Agieren?

Gilt intakte Natur (wie früher) und soziale Sicherheit und Freiheit nicht als Utopie?

Unterschied „Gesellschaft“, Einzelperson, Region?